



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13/93

Berlin

1. April 1993

60. Jahrgang

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland

ACHTER BERICHT

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, arbeiten gemeinsam an einem Forschungsauftrag mit dem Titel „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland“. Dabei soll dem Bundesministerium für Wirtschaft im Rahmen der Vereinbarungen in etwa vierteljährlicher Folge berichtet werden. Die Institute legen hiermit ihren achten Bericht vor¹.

Das Forschungsprojekt verfolgt den Zweck, die Informationsbasis über die ostdeutsche Wirtschaft zu verbreitern. Es ist auch weiterhin schwer, sich ein klares Bild zu machen: Die statistischen Daten sind zwar zahlreicher geworden, aber sie ergeben häufig kein flächendeckendes und konsistentes Bild. Die Institute müssen deshalb nach wie vor versuchen, durch eigene Recherchen Lücken zu schließen und Widersprüche aufzuklären.

Wie schon die vorhergehenden Berichte setzt auch dieser Bericht einige Schwerpunkte. Er behandelt die Anpassungsprozesse in der Industrie, im Baugewerbe und in einigen Dienstleistungsbereichen. Aus Raumgründen wird hier eine gekürzte Fassung vorgelegt. Der gesamte Bericht erscheint in den Kieler Diskussionsbeiträgen Nr. 205/206. Dort sind auch die Fallstudien zur Situation kleiner und mittelgroßer Industrieunternehmen dokumentiert, und dort wird auch über die Lage im Beherbergungsgewerbe und in der Wohnungswirtschaft berichtet.

Bei der Arbeit an dem Bericht haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut für Weltwirtschaft mit anderen Instituten zusammengearbeitet, die in das Projekt eingebunden sind. Es sind dies die Forschungsstelle für den Handel (FfH), Berlin, das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und die Beratungsgesellschaft Regioconsult, Berlin.

¹ Die ersten 7 Berichte wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Wochenbericht, Nr. 12 / 91, 24 / 91, 39-40 / 91, 51-52 / 91, 12-13 / 92, 39 / 92 und 52 / 92, sowie vom Institut für Weltwirtschaft in den Kieler Diskussionsbeiträgen, Nr. 168, 169, 176, 178, 183, 190 / 191 und 198 / 199 veröffentlicht.

Gesamtwirtschaftliche Lage

Der Zustand der ostdeutschen Wirtschaft ist unverändert kritisch. Der Neuaufbau kommt in weiten Bereichen zwar erkennbar voran, wie die rege Investitionstätigkeit zeigt. Aber noch wird das Bild vom Niedergang in der Industrie bestimmt. In einzelnen Zweigen, wie in der Stahlindustrie, im Maschinenbau oder der Textilindustrie, spitzt sich die Lage immer mehr zu.

Es sieht so aus, als würde die Rezession in Westdeutschland und in Westeuropa auch Ostdeutschland erreichen. Viele Unternehmen, die sich inzwischen mit neuen Produkten und Technologien neue Märkte aufbauen konnten, müssen nun um Aufträge bangen. Unternehmen, die bei der Umstrukturierung nachhinken, aber auch solche, die die Neuerrichtung von Produktionsstätten planen, werden Investitionen möglicherweise strecken oder erst einmal zurückstellen. Man sollte sich deshalb nichts vormachen: Ein Aufschwung auf breiter Front ist unter diesen Bedingungen für dieses Jahr nicht mehr zu erwarten.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die seit Mitte 1991 unter Schwankungen leicht nach oben zeigt, verlief gegen Ende letzten Jahres erneut etwas flacher. Das reale Bruttoinlandsprodukt war (bei Ausschaltung von Saisoneinflüssen und Kalenderunregelmäßigkeiten) im vierten Quartal 1992 kaum höher als im dritten

Quartal; den vergleichbaren Vorjahresstand übertraf es um 6 vH (Tabelle 1). Für das erste Quartal 1993 ist aufgrund der vorliegenden Informationen bestenfalls ein schwacher Anstieg zu erwarten.

Die wirtschaftliche Situation ist in den einzelnen Bereichen allerdings weiterhin sehr unterschiedlich. Im produzierenden Gewerbe ist die Produktion in letzter Zeit zwar merklich gestiegen, doch ist dies allein dem Baugewerbe zuzurechnen. Dort war die Produktion im vierten Quartal 1992 um ein Viertel höher als zur gleichen Zeit im Vorjahr, was allerdings auch auf die günstige Witterung zurückzuführen ist. In der Industrie ist die Produktion zwar nicht weiter gesunken, aber sie ist — berücksichtigt man saisonale Einflüsse — auch nicht gestiegen. Abermals rückläufig war sie — ebenfalls bereinigt — im Bergbau und in der Energiewirtschaft. Im Dienstleistungssektor hat sich die wirtschaftliche Lage weiter verbessert, wenn auch nicht überall im gleichen Maße. Im Handel, im Verkehrsgewerbe und bei der Nachrichtenübermittlung hat sich das Expansionstempo merklich beschleunigt, bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen dagegen etwas verlangsamt. Neben dem Baugewerbe ist derzeit das Dienstleistungsgewerbe eine Stütze für die ostdeutsche Wirtschaft. Inzwischen ist die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor (einschl. Staat) mehr als dreimal so hoch wie im verarbeitenden Gewerbe, vor der Wende war sie nur knapp ein Viertel höher.

Tabelle 1

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland 1990 bis 1992
Ursprungswerte in Mrd. DM zu Preisen von 1991

	1990				1991				1992			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Land- und Forstwirtschaft	1,0	1,0	2,5	-0,4	-0,2	-0,0	2,0	0,7	0,3	0,7	2,3	0,7
Produzierendes Gewerbe	35,1	34,5	23,6	21,2	17,2	16,7	17,5	18,4	16,8	17,8	19,0	20,1
Bergbau und Energie	7,1	6,5	5,9	6,5	6,1	4,9	4,9	5,4	4,4	4,1	4,6	5,2
Verarbeitendes Gewerbe	22,3	20,7	10,8	8,3	6,4	6,3	7,0	7,9	6,9	7,3	7,8	8,5
Baugewerbe	5,7	7,3	7,0	6,4	4,7	5,5	5,6	5,2	5,6	6,4	6,7	6,5
Handel und Verkehr	17,2	15,9	11,3	10,7	7,7	8,4	8,5	9,5	7,8	8,9	9,2	10,4
Handel	10,8	10,3	7,6	7,9	5,5	5,7	5,8	6,9	5,5	6,2	6,5	7,5
Verkehr	6,4	5,6	3,7	2,8	2,2	2,7	2,7	2,6	2,3	2,7	2,8	2,9
Dienstleistungen und Staat	25,9	25,4	21,2	22,9	20,7	23,1	23,9	24,3	22,0	23,1	23,7	23,8
Dienstleistungen	11,4	11,1	8,6	9,0	10,2	11,2	11,9	12,1	12,2	12,7	13,1	12,8
Staat	14,4	14,3	12,6	13,9	10,5	11,9	12,0	12,2	9,8	10,4	10,6	11,0
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,9	0,9	0,8	0,6	0,6	0,6	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9
Alle Wirtschaftsbereiche (unbereinigt)	79,2	76,7	58,6	54,4	45,4	48,2	51,9	52,9	47,7	51,2	54,6	55,8
Nachrichtlich: Bruttoinlandsprodukt	81,0	79,0	58,4	53,1	42,5	44,9	48,7	50,1	45,2	48,0	51,2	53,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

Tabelle 2

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland¹⁾ 1990 bis 1992
in 1 000

	1990				1991				1992			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Erwerbstätige Insgesamt	9 568	9 130	8 672	8 102	7 773	7 311	6 907	6 726	6 485	6 411	6 312	6 297
davon:												
Land- und Forstwirtschaft	960	830	801	656	519	382	362	341	343	330	323	318
Produzierendes Gewerbe	4 266	4 097	3 965	3 649	3 443	3 181	2 785	2 584	2 362	2 312	2 238	2 225
Handel und Verkehr	1 623	1 547	1 433	1 320	1 322	1 331	1 291	1 269	1 223	1 209	1 194	1 193
Dienstleistungen, Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck	2 719	2 656	2 473	2 465	2 448	2 316	2 235	2 175	2 161	2 156	2 171	2 195
ABM-Beschäftigte	0	0	0	12	41	101	234	357	396	404	386	366
	Veränderung gegenüber IV/1989											
Erwerbstätige Insgesamt	-186	-624	-1 082	-1 652	-1 981	-2 443	-2 847	-3 028	-3 269	-3 343	-3 442	-3 457
Nachrichtlich:												
Arbeitslose	13	83	309	556	757	835	1 022	1 038	1 254	1 172	1 158	1 097
Pendlersaldo	14	28	101	175	222	278	308	352	343	351	353	351
Übersiedler ²⁾	129	166	221	299	352	384	416	448	480	512	544	576
Frührentner ³⁾	45	190	310	410	430	516	563	661	776	792	844	835
¹⁾ Im Inland (Arbeitsortkonzept). — ²⁾ Erwerbsfähig. — ³⁾ Vorruhestand, Altersübergangsgeld. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; DIW.												

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird noch immer vom Beschäftigungsabbau, insbesondere in der Industrie, bestimmt. Im Dezember 1992 waren dort nur noch etwa 750 000 von einst 3 Millionen Arbeitnehmern in einem Beschäftigungsverhältnis. Ein Ende des Beschäftigungsabbaus ist dort noch nicht in Sicht. Anfang Februar 1993 waren bei den Treuhandunternehmen noch etwa 450 000 Menschen beschäftigt, davon rund 260 000 in der Industrie mit zum großen Teil recht unsicheren Beschäftigungsperspektiven.

Dennoch gibt es Anzeichen dafür, daß — insgesamt gesehen — der Beschäftigtenabbau künftig deutlich langsamer vonstatten gehen wird als bisher. Das hängt vor allem damit zusammen, daß im Baugewerbe und in den Dienstleistungsbereichen nun wieder ein leichter Personal- aufbau stattfindet. Insgesamt standen im vierten Quartal 1992 noch 6,3 Millionen Menschen von ehemals knapp 10 Millionen in einem Arbeitsverhältnis (Tabelle 2). Dabei wird ein großer Teil der Arbeitsplätze durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gestützt: 366 000 Personen waren in AB-Maßnahmen und 237 000 arbeiteten kurz²⁾. Außerdem nahmen 460 000 Personen an Weiterbildungsmaßnahmen teil.

Wie weit die Beschäftigung noch zurückgehen und wann der Tiefpunkt erreicht sein wird, ist schwer zu prognosti-

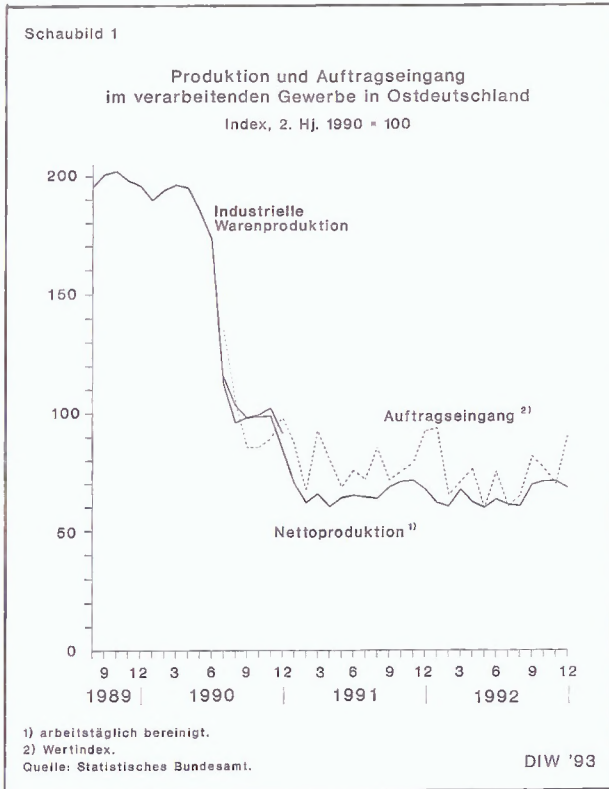
zieren. Das hängt von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und vom Kurs der Wirtschaftspolitik ab. Große Verantwortung trägt die Lohnpolitik; die Lohnkosten sind die Achillesferse der ostdeutschen Wirtschaft: Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind — in der Summe — ebenso hoch wie der Wert der gesamtwirtschaftlichen Produktion (in jeweiligen Preisen). Das bedeutet, daß die Unternehmen insgesamt gesehen hohe Verluste machen, denn sie müssen aus den Erlösen auch die Abschreibungen auf das eingesetzte Kapital finanzieren, Zinsen für aufgenommene Fremdmittel zahlen und die auf der Produktion lastenden Steuern entrichten.

Industrie

Aktuelle Lage

Bis Ende letzten Jahres hat sich die Situation der ostdeutschen Industrie im ganzen nicht grundlegend gebessert. Die wirtschaftliche Leistung ist — folgt man der amtli-

²⁾ Derzeit ist es schwierig, die Angaben der amtlichen Statistik über die Beschäftigungsentwicklung und die der Bundesanstalt für Arbeit zu einem konsistenten Bild zusammenzuführen.



chen Statistik³ — im vierten Quartal 1992 nicht gestiegen (Schaubild 1). Auch aus den Auftragseingängen ist ein Aufwärtstrend nicht abzulesen. Mit einer durchgreifenden Erholung ist auf kurze Sicht nicht zu rechnen.

Bei insgesamt stagnierender Entwicklung ist die Lage im einzelnen freilich sehr differenziert. Es gibt eine Reihe von Bereichen, die schon seit einiger Zeit expandieren. Dabei handelt es sich vornehmlich um Branchen, die von der Bautätigkeit im privaten und öffentlichen Bereich oder vom privaten Verbrauch vor Ort profitieren. Dazu gehören die Steine- und Erdenindustrie, Teile der Eisen- und Stahlindustrie und der Elektrotechnik, das Druckgewerbe, die Kunststoffverarbeitung sowie Teile der Ernährungsindustrie. Relativ gut ist auch die Lage im Stahl- und Leichtmetallbau — nicht nur wegen der lebhaften Nachfrage aus der Bauwirtschaft, sondern auch wegen der Aufträge aus der GUS für Schienenfahrzeuge. In anderen wichtigen Branchen, wie der Chemie, dem Maschinenbau, der ADV-Geräte-Industrie und der Textil- und Bekleidungsindustrie, geht dagegen die Produktion immer noch zurück.

Die Struktur der ostdeutschen Industrie hat sich innerhalb kurzer Zeit gravierend verändert (Tabelle 3). Ins Auge springt der große Bedeutungsverlust des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes. Im 2. Halbjahr 1990 entfiel auf diesen Bereich noch über die Hälfte der gesamten Produktion, im 2. Halbjahr 1992 waren es nur noch gut zwei Fünftel. Am stärksten betroffen war der Maschinenbau,

früher der mit Abstand größte Industriezweig. Heute hält diese Position das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Stand der Privatisierung

Nicht nur die sektorale Struktur, auch die Eigentümerstruktur unterliegt einem raschen Wandel. Der Treuhandanstalt gehörten — in allen Wirtschaftszweigen zusammengekommen — 12 000 Unternehmen⁴. Von diesen hatte sie bis Ende Januar 1993 knapp 7 100 abgegeben: 5 500 Unternehmen gingen an neue Investoren, 1 200 Unternehmen wurden reprivatisiert⁵, und reichlich 300 wurden an ostdeutsche Gebietskörperschaften übergeben. Bei einem Teil dieser Unternehmen hält die Treuhandanstalt noch Anteile⁶. Bei fast der Hälfte der verbliebenen Unternehmen — 2 300 — wurde die Liquidation eingeleitet. Abgeschlossen ist die in der Regel zeitaufwendige Liquidation allerdings nur bei 31 Unternehmen. In den Unternehmen, die vor der Auflösung stehen, sind noch fast 50 000 Arbeitskräfte angestellt, in den übrigen Treuhandunternehmen etwa 400 000. Etwa jeder zwölfte Erwerbstätige in Ostdeutschland gehört also noch einem Betrieb der Treuhandanstalt an.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen ist die Bedeutung der Treuhandunternehmen sehr unterschiedlich. Während im Bereich Bergbau und Energiewirtschaft der größte Teil der Beschäftigten (90 000) in Treuhandunternehmen arbeitet, ist der Anteil in der Land- und Forstwirtschaft (10 000), im Verkehrs- und Nachrichtenwesen (18 000), in der Bauwirtschaft (16 000) und im Dienstleistungssektor (25 000) nur gering — jeweils etwa 3 vH.

³ Die Berechnung des Index der Nettoproduktion ist allerdings mit einer Reihe von erhebungstechnischen und systematischen Problemen verbunden. So ist bekannt, daß nicht alle meldepflichtigen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten zum Produktions-Eilbericht melden. Besonders bedenklich ist, daß die Zusammenfassung der Meldungen anhand des Wägungsschemas vom 2. Halbjahr 1990 vorgenommen wird. Fraglich ist auch, ob die Auswahl der im Produktions-Eilbericht erfaßten Leistungen — die 1985 für das alte Bundesgebiet repräsentativ waren — die Lage und Entwicklung in Ostdeutschland angemessen erfaßt.

⁴ Zu Beginn der Arbeit der Treuhandanstalt war die Zahl deutlich geringer. Im Laufe der Zeit sind aber viele neue Unternehmen durch Zergliederung großer Firmen oder Abspaltung von Betriebsstellen entstanden. Allein in der Zeit von März 1991 bis Februar 1993 — dem Zeitraum, für den Statistiken vorliegen — waren es etwa 3 000.

⁵ Nicht enthalten sind die Unternehmen, die bereits unter den von der Modrow-Regierung getroffenen Regelungen privatisiert worden sind; ihre Zahl beläuft sich auf etwa 3 000.

⁶ Als privatisiert gelten bei der Treuhandanstalt die Unternehmen, die vollständig oder deren Mehrheitsanteile verkauft wurden. Zum Bestand zählen indes die Unternehmen, an denen Private Minderheitsanteile halten. Über deren Zahl gibt es keine Angaben, auch nicht über die ebenfalls zum Treuhandbestand zählenden Unternehmen, die nicht vollständig reprivatisiert worden sind.

Tabelle 3

Struktur der Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland

Ausgewählte Gewerbebezüge	1990	1991		1992	
	II	I	II	I	II
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:					
Mineralölverarbeitung	2,2	4,0	4,2	4,5	4,4
Steine u. Erden	4,8	3,9	5,1	6,2	8,0
Eisenschaffende Industrie	2,6	3,0	2,3	2,5	2,4
NE-Metallerzeugung	0,3	0,4	0,4	0,5	0,4
Gießereien	1,6	1,5	1,2	1,2	0,9
Stahl- u. Leichtmetallbau	5,2	7,5	9,6	10,4	12,4
Maschinenbau	23,6	18,3	18,5	12,6	11,1
Straßenfahrzeugbau	3,3	2,9	2,1	2,5	3,2
Elektrotechnik	15,7	11,5	11,1	10,8	12,1
Feinmechanik, Optik, Uhren	2,4	1,1	0,6	0,6	1,5
EBM-Waren	1,1	1,9	1,8	2,3	2,0
Chemische Industrie	8,3	9,4	10,1	10,1	7,2
Herst.v.Büromaschinen, ADV-Geräte	1,3	0,9	0,5	0,5	0,3
Holzverarbeitung	2,3	2,8	2,5	2,9	2,7
Papier- u. Pappeverarbeitung	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5
Druckerei, Vervielfältigung	1,6	2,5	3,1	3,5	3,5
Herst. v. Kunststoffwaren	0,9	0,8	0,9	1,4	1,5
Lederverarbeitung	1,2	0,6	0,5	0,4	0,4
Textilgewerbe	3,0	2,1	1,8	1,7	1,3
Bekleidungs-gewerbe	1,1	0,7	0,6	0,5	0,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	12,6	17,6	16,9	18,3	18,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

Der bedeutendste Posten der Treuhandanstalt sind nach wie vor deren Industriebetriebe. Auf sie entfallen zwei Drittel aller ihrer Unternehmen und 60 vH der im Treuhandbereich Beschäftigten. Das Gewicht der Treuhandbetriebe in der ostdeutschen Industrie ist zwar noch erheblich, inzwischen aber geringer als vielfach in der Öffentlichkeit angenommen: Im Februar dieses Jahres war in den Treuhandbetrieben nur etwa ein Drittel der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes tätig — Ende Juni 1992 war es noch reichlich die Hälfte. Die Zahl der Arbeitskräfte in Treuhandbetrieben ist in dieser Zeit von 600 000 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Das lag an dem hohen Privatisierungstempo im Spätsommer und Herbst des letzten Jahres, aber auch an der umfangreichen Verringerung des Personalbestandes in den Treuhandunternehmen.

Der Privatisierungsbilanz zufolge konnte von den ehemals 6 000 Industriebetrieben inzwischen mehr als die Hälfte verkauft oder an frühere Eigentümer zurückgegeben werden (Tabelle 4). Von den übrigen Betrieben soll die Mehrzahl mit 35 000 Beschäftigten (im Sommer letzten Jahres waren es 100 000) liquidiert werden. Sieht man von diesen ab, besitzt die Treuhandanstalt noch 1 200 Betriebe — das ist ein Fünftel der ihr ehemals gehörenden Industrieunternehmen. Im Februar 1993 waren dort rund 220 000 Arbeitskräfte tätig.

In den einzelnen Industriezweigen waren die Privatisierungserfolge recht unterschiedlich. Gut vorangekommen ist die Treuhandanstalt im Stahl- und Leichtmetallbau

sowie im Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glasindustrie — also in Industriezweigen, die von der in Ostdeutschland kräftig anziehenden Bauproduktion profitieren und deren Produktion wegen der transportkostenintensiven Güter in Kundennähe angesiedelt sein muß. Nur noch ein Fünftel der Beschäftigten in diesen Branchen ist den Treuhandbetrieben zuzurechnen. Überdurchschnittlich ist der Privatisierungserfolg bei der Druckindustrie. Ausschlaggebend ist hier die große Bedeutung der Marktnähe und daß in weiten Bereichen die internationale Konkurrenz gering ist. Hinzu kommt, daß in den westdeutschen Produktionsstätten die Kapazitäten — auch wegen der zusätzlichen Märkte in Ostdeutschland — zunächst stark angespannt waren. Ähnliche Gründe gelten auch für die erfolgreiche Privatisierung des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes; hier hat zudem in dem einen oder anderen Fall der gut eingeführte Markenname (beispielsweise bei Zigaretten, Bier, Spirituosen) den Ausschlag für die Übernahme gegeben. In diesem Gewerbebezug befindet sich mittlerweile nur noch jeder zwölfte Arbeitsplatz in einem Treuhandbetrieb. Im Straßenfahrzeugbau wird das Bild inzwischen ebenfalls von privaten Unternehmen geprägt; neben den bekannten Herstellern sind inzwischen zahlreiche Zulieferer- und Reparaturbetriebe in privater Hand.

Ganz anders ist hingegen die Situation in der Lederindustrie und im Textil- und im Bekleidungs-gewerbe; in diesen Industriezweigen konnte die Treuhandanstalt nur wenige

Tabelle 4

Privatisierte, zur Liquidation vorgesehene und noch nicht verkaufte Unternehmen der Treuhandanstalt aus dem verarbeitenden Gewerbe
(Stand: 31.1.1993)

Gewerbebezug	Zahl der Unternehmen, die im Besitz der Treuhandanstalt waren oder sind ¹⁾	davon (in vH)		
		privatisierte, reprivatisierte und kommunalisierte Unternehmen ²⁾	Unternehmen, deren Liquidation beschlossen ist ³⁾	Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt ⁴⁾
Mineralölverarbeitung, Chemieindustrie	255	55	22	23
Gewinn und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glasindustrie	455	70	14	16
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießereien, Stahlverformung	245	51	21	28
Stahl- und Leichtmetallbau, Waggonbau	203	63	14	23
Maschinenbau	1 105	53	19	27
Fahrzeugbau, Schiffbau	361	65	15	19
Elektrotechnik	495	50	34	16
Feinmechanik, Optik	79	52	29	19
EBM-Waren, Musikinstrumente, Spielwaren	318	51	33	17
Holzindustrie	500	55	28	17
Papier- und Druckgewerbe	239	62	23	15
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	177	59	28	14
Leder- und Schuhindustrie	170	31	48	21
Textil- und Bekleidungsindustrie	516	35	40	26
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	859	64	24	12
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	5 977	55	25	20

1) Sog. Bruttobestand, der nicht Bergwerksrechte, durch Fusion oder Aufspaltung aufgelöste Unternehmen sowie Unternehmen umfaßt, bei denen eine Treuhandbeteiligung geprüft wird. — 2) Vollständig und mehrheitlich privatisierte Gesellschaften, vollständig reprivatisierte und kommunalisierte Unternehmen sowie Unternehmen, die qua Besitzeinweisung kommunalisiert wurden. — 3) Einschließlich der Unternehmen, die bereits liquidiert sind. Dabei handelt es sich nur um wenige Fälle. — 4) Einschließlich der teilprivatisierten Unternehmen, die nicht unter den privatisierten enthalten sind.

Quellen: Treuhandanstalt; Berechnungen des DIW.

Unternehmen an Private abgeben. Hätte es nicht zahlreiche Reprivatisierungen gegeben — fast die Hälfte der abgegebenen Betriebe wurde reprivatisiert, wäre die Bilanz noch wesentlich schlechter. Das Interesse neuer Investoren an diesen Betrieben ist gering; dies liegt wohl daran, daß die Bundesrepublik als Hochlohnland denkbar ungünstige Bedingungen für derartige Produktionen bietet. Und es erklärt auch, warum in der Textil- und Bekleidungsindustrie die Beschäftigungsverluste durch Liquidation von Unternehmen besonders groß sein dürften (Tabelle 5). Stark zu Buche schlagen Unternehmensauflösungen schließlich in der Elektroindustrie und bei Feinmechanik/Optik. Selbst in den Bereichen, in denen die Privatisierung weit fortgeschritten ist, wie im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, dem Papier- und Druckgewerbe und der Kunststoff- und Gummiverarbeitung, sieht die Treuhandanstalt bei einem großen Teil des Restes die Lage als aussichtslos an. Eine vergleichsweise geringe Rolle spielt die Auflösung von Unternehmen dagegen im Bereich Steine und Erden, Feinkeramik und Glasindustrie. Hier räumt die Treuhandanstalt ihren Betrieben wohl wegen der guten Entwicklung der

Baubranche in Ostdeutschland noch große Privatisierungschancen ein. Relativ wenig schlagen Schließungen auch in der Stahlindustrie, der Chemieindustrie und im Maschinenbau zu Buche — in den Branchen also, in denen die Treuhandunternehmen noch die Hälfte der Beschäftigten stellen. Im Stahl-, Leichtmetall- und Waggonbau sowie im Fahrzeug- und Schiffbau sind gleichfalls nur relativ wenige Beschäftigte durch Unternehmensschließungen betroffen. In diesen Branchen wird das Bild von Großunternehmen bestimmt, bei denen eine Auflösung anscheinend kaum für möglich gehalten wird.

Generell prägen große Einheiten die Struktur der noch von der Treuhandanstalt gehaltenen Industrieunternehmen — insbesondere in den Branchen, auf die das Schwergewicht der Beschäftigung in industriellen Treuhandbetrieben entfällt (Schaubilder 2 und 3, Tabelle 6). Aber auch mittelgroße Betriebe haben ein nicht geringes Gewicht. Das ist insbesondere in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie im Maschinenbau der Fall. Vielfach handelt es sich dabei um ehemals große Unternehmen, deren Personalstand stark geschrumpft ist.

Tabelle 5

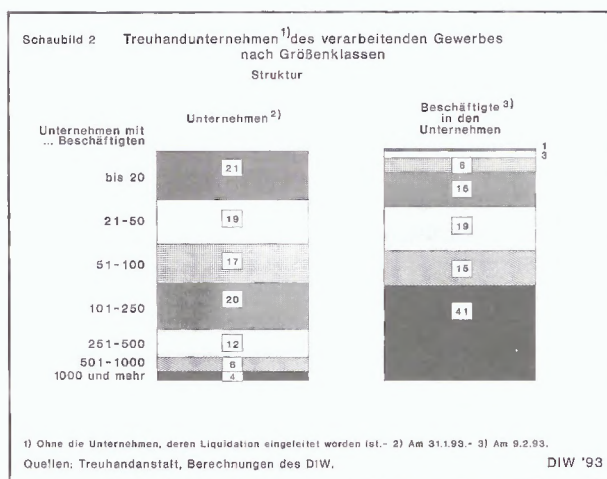
Beschäftigte in Treuhandunternehmen des verarbeitenden Gewerbes, deren Liquidation eingeleitet wurde
(Stand: 9.2.1993)

Gewerbebezug	Zahl der Beschäftigten in den Unternehmen	Anteil (in vH) an allen Beschäftigten in Treuhandunternehmen des Gewerbebezug
Mineralölverarbeitung, Chemieindustrie	1 700	4
Gewinn und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glasindustrie	600	6
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießereien, Stahlverformung	2 700	9
Stahl- und Leichtmetallbau, Waggonbau	300	2
Maschinenbau	5 100	7
Fahrzeugbau, Schiffbau	2 200	11
Elektrotechnik	6 100	27
Feinmechanik, Optik	1 100	51
EBM-Waren, Musikinstrumente, Spielwaren	1 000	22
Holzindustrie	1 800	27
Papier- und Druckgewerbe	1 100	30
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	2 400	60
Leder- und Schuhindustrie	1 300	32
Textil- und Bekleidungsindustrie	5 500	26
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2 700	36
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	35 500	14

Quellen: Treuhandanstalt; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

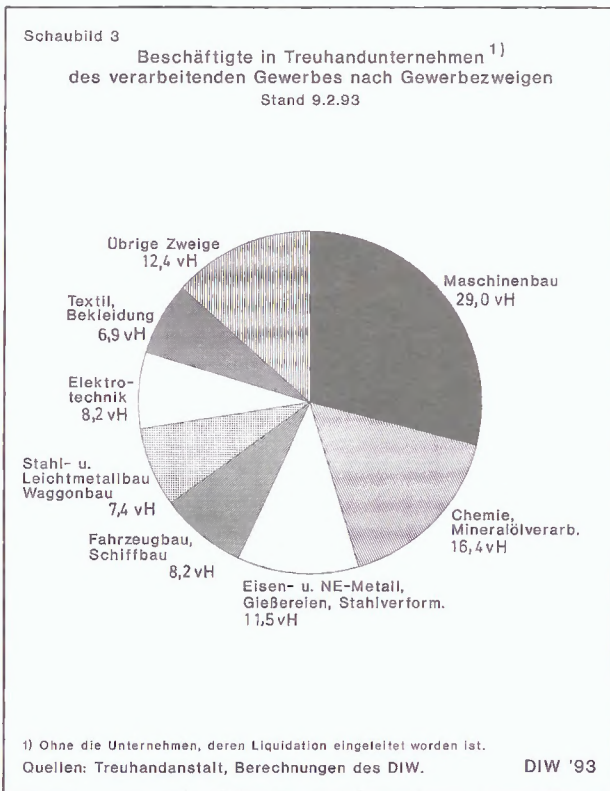
ansprüche abhängt, hat das Tempo zuletzt leicht zugenommen. Allerdings haben Reprivatisierungen bei weitem nicht die Bedeutung wie der Verkauf von Unternehmen; reprivatisiert werden in erster Linie kleine Unternehmen.

Über die Sanierungsfähigkeit der Treuhandunternehmen gibt es kaum verlässliche Informationen. Anhaltspunkte bietet lediglich eine Bewertung von 440 industriellen Treuhandfirmen durch den Leitungsausschuß der Anstalt (Schaubild 4). Dabei handelt es sich vornehmlich um solche Unternehmen, die der Zentrale zugeordnet sind — also in der Regel um größere. Bei den meisten Unternehmen wird eine Sanierung für möglich gehalten — meist allerdings nur mit erheblichem Aufwand. Bei jedem fünften Betrieb werden Sanierungsbemühungen als nicht erfolgversprechend angesehen; solche Betriebe finden sich vergleichsweise häufig im Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie in der Elektroindustrie. Ob diese Beurteilung auch für die übrigen Treuhandunternehmen zutrifft, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Auf jeden Fall erfaßt sie einen großen Teil der bei der Treuhandanstalt verbliebenen Arbeitsplätze.



Das Tempo der Privatisierung war lange Zeit sehr hoch, hat aber seit dem Herbst 1992 deutlich abgenommen. Nachdem von März 1991 — der Zeit mit den ersten verfügbaren statistischen Informationen — bis Ende Oktober 1992 im Durchschnitt etwa drei Industrieunternehmen pro Tag verkauft werden konnten, waren es in der Zeit von Ende Oktober 1992 bis Ende Januar 1993 nur noch etwas mehr als zwei. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Privatisierungsdynamik zuletzt sogar noch stärker nachgelassen hat: Im Januar dieses Jahres gab es nur noch etwas mehr als eine Privatisierung pro Tag. Ganz sicher ist das auch auf die Rezession im Westen zurückzuführen. Bei stark sinkender Auslastung der vorhandenen Kapazitäten werden zusätzliche Kapazitäten in den neuen Bundesländern kaum noch hinzugekauft. Bei der Reprivatisierung von Unternehmen indes, die im wesentlichen von der Klärung der Eigentums-

Offen ist allerdings, inwieweit die Beurteilung durch den Leitungsausschuß zutrifft. Im letzten Jahr wurden nicht wenige der Unternehmen verkauft, die als nicht sanierungswürdig eingestuft worden waren. Andererseits sind auch Unternehmen liquidiert worden, denen früher die Sanierungswürdigkeit testiert worden ist. Bei zahlreichen Betrieben ist die Prüfung der Sanierungsfähigkeit noch nicht abgeschlossen, da die Sanierungskonzepte der Unternehmen als unzureichend angesehen wurden. Nicht selten haben Unternehmen auf die osteuropäischen Märkte gesetzt und mußten wegen der schlechter gewordenen Absatzmöglichkeiten ihre Pläne revidieren.



Der Stundenlohnsatz, also die durchschnittlichen Löhne und Gehälter je Beschäftigtenstunde, nahm ebenfalls stark zu (Tabelle 9)⁸ und zwar fast so kräftig wie die Produktivität. Damit sind die Lohnstückkosten, der Quotient aus Lohnkosten und Nettoproduktion, nur wenig zurückgegangen: Ende vergangenen Jahres dürften sie lediglich um ein Zehntel niedriger gewesen sein als zu Jahresbeginn. Die Kostenbelastung in der ostdeutschen Industrie hat sich damit nicht grundlegend verringert (Tabelle 10). Sie dürfte immer noch etwa doppelt so hoch sein wie in der westdeutschen Industrie⁹.

In manchen Bereichen hat die Lohnkostenbelastung sogar zugenommen. Auffällig ist, daß dazu vor allem Branchen zählen, die noch stark von Treuhandbetrieben geprägt werden, also der Maschinenbau, Schiffbau und die Chemieindustrie. Dort sank die Produktion weiter; die Beschäftigung wurde nicht entsprechend angepaßt. In der

⁷ Vgl. Fünfter Anpassungsbericht, März 1992, Wochenbericht des DIW, Nr. 12-13/1992 sowie Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 183.

⁸ Zu den Löhnen und Gehältern zählen auch die Abfindungszahlungen im Rahmen von Sozialplänen sowie tariflich vereinbarte Sonderzahlungen.

⁹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Kennziffern für das verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands 1991, Bearbeiter: Bernd Görzig, Berlin 1992.

Entwicklung von Produktivität und Lohnkosten

Vor etwa einem Jahr wurde im Rahmen dieser Untersuchung über die Entwicklung von Produktivität und Lohnkosten in der ostdeutschen Industrie berichtet⁷. Dabei zeigte sich, daß zwar die Produktivität vor allem durch Beschäftigungsabbau stark stieg, Löhne und Gehälter aber ebenso stark zunahmen, so daß die Lohnstückkosten letztlich nicht sanken. Diese Konstellation hat sich im Verlauf des Jahres 1992 nicht grundlegend gewandelt.

Die Verbesserung der Produktivität bleibt somit das Hauptziel der Unternehmen, wie die massive Verringerung des Arbeitsvolumens in letzter Zeit zeigt (Schaubild 5). Im Jahr 1991 wurde die Beschäftigung erst zögernd abgebaut, unter anderem weil die Unternehmen noch auf ihre angestammten Absatzmärkte in Osteuropa setzten und weil sie sich Marktchancen auf westlichen Märkten ausrechneten. Mit der Aufhebung der besonderen Kurzarbeiterregelungen für Ostdeutschland und der Bereitschaft der Treuhandanstalt, sich an Beschäftigungsgesellschaften zu beteiligen, wurde die Zahl der Beschäftigten in den Industrieunternehmen Anfang 1992 jedoch deutlich reduziert. Die Produktivität nahm folglich im Durchschnitt deutlich zu. 1992 ist sie allerdings weniger stark gestiegen als im Vorjahr (Tabellen 7 und 8), da viele redundante Betriebsteile schon vorher aufgelöst oder ausgegliedert worden waren. Insgesamt hat sich die Produktivität von Anfang 1991 bis Ende 1992 verdoppelt.

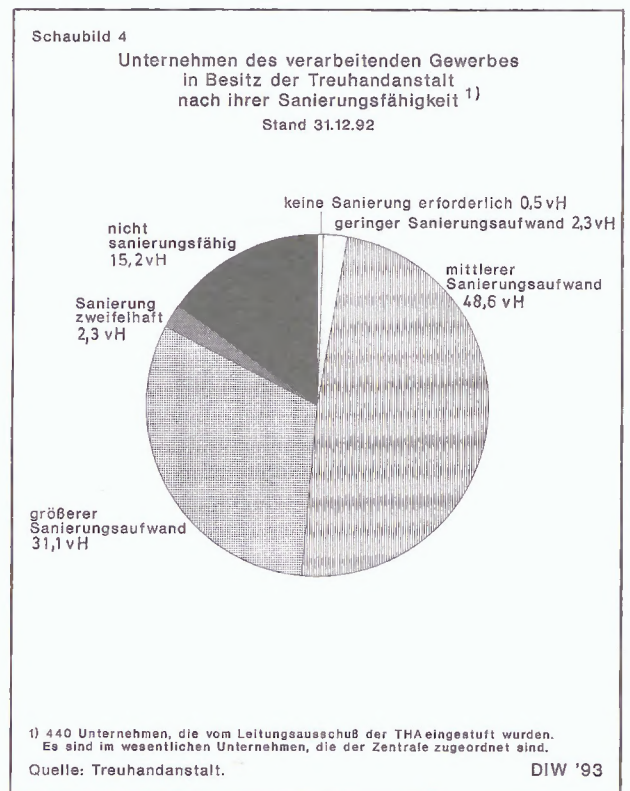


Tabelle 6

Beschäftigte in Treuhandunternehmen¹⁾ des verarbeitenden Gewerbes nach Größenklassen der Unternehmen
(Stand: 9.2.1993)

Gewerbebranche	Von allen Beschäftigten in Treuhandunternehmen des jeweiligen Gewerbebranchen entfallen ... vH auf						
	Unternehmen mit ... Beschäftigten						
	bis 20	21 bis 50	51 bis 100	101 bis 250	251 bis 500	501 bis 1 000	1 000 und mehr
Mineralölverarbeitung, Chemieindustrie	0	1	2	3	3	4	87
Gewinn und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glasindustrie	2	5	7	24	24	27	11
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießereien, Stahlverformung	0	1	3	14	12	16	54
Stahl- und Leichtmetallbau, Waggonbau	0	1	3	12	29	—	55
Maschinenbau	1	3	5	14	23	25	29
Fahrzeugbau, Schiffbau	1	2	2	8	21	13	53
Elektrotechnik	1	3	2	13	23	17	41
Feinmechanik, Optik	4	11	8	76	—	—	—
EBM-Waren, Musikinstrumente, Spielwaren	3	13	23	36	25	—	—
Holzindustrie	5	12	32	31	6	14	—
Papier- und Druckgewerbe	3	13	15	4	38	27	—
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	5	18	9	42	26	—	—
Leder- und Schuhindustrie	3	5	40	30	22	—	—
Textil- und Bekleidungsindustrie	0	6	13	38	32	11	—
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	7	15	18	52	8	—	—
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1	3	6	15	19	15	41

¹⁾ Alle Treuhandunternehmen ohne diejenigen, deren Liquidation eingeleitet wurde.
Quellen: Treuhandanstalt; Berechnungen des DIW.

eisenschaffenden Industrie und in der NE-Metallerzeugung sank dagegen die Lohnkostenbelastung, weil bereits zur Jahreswende 1991/1992 viele Entlassungen vorgenommen worden waren. Anders ist das Bild in der Steine- und Erdenindustrie. Dort konnten wegen der boomenden Nachfrage im Zuge der guten Baukonjunktur kräftige Produktivitätszuwächse realisiert werden, die es ermöglichten, die Lohnkostenbelastung erheblich zu senken. Im Druckgewerbe zog die Produktion zwar ebenfalls stark an; doch sind hier auch die im Branchenvergleich ohnehin schon hohen Löhne kräftig gestiegen. Die Lohnstückkosten sind hier folglich nur wenig gesunken.

Angesichts der Tatsache, daß die Lohnstückkosten 1992 nur wenig zurückgegangen sind und noch immer weit oberhalb des westdeutschen Niveaus liegen, werden viele Unternehmen auch im laufenden Jahr Entlassungen vornehmen müssen. Dies gilt nicht nur für die Treuhandbetriebe. Auch in privaten Betrieben ist der Wettbewerbsrückstand teilweise noch zu groß, um alle Arbeitskräfte zu halten. Die im Frühjahr anstehenden Tariflohnerhöhungen können die mühsam errungene, leichte Verringerung der Lohnstückkosten wieder überkompensieren.

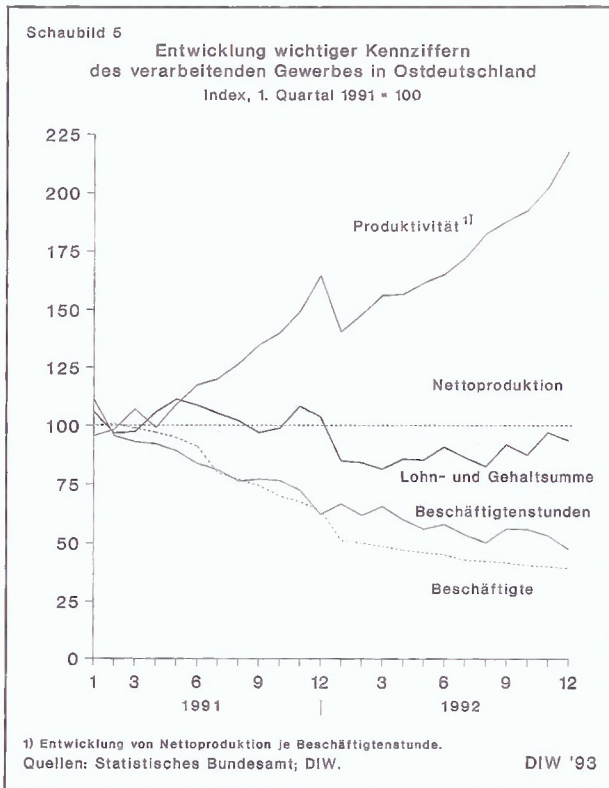
Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft der neuen Bundesländer ist eine insgesamt recht kräftig expandierende Branche. Ihre Situation ist aber keineswegs frei von Problemen¹⁰.

Die Bauinvestitionen in Ostdeutschland sind bis zuletzt unvermindert kräftig gestiegen; zu Preisen von 1991 gerechnet waren sie 1992 um 30 vH höher als im Jahr davor. Insgesamt wurden 1992 gut 61 Mrd. DM in Bauten investiert, das waren 16 vH aller Bauinvestitionen in Deutschland.

Im Verlauf des letzten Jahres hat sich die Nachfrage nach Bauleistungen zunehmend vom öffentlichen Bau zum Wirtschaftsbau verlagert. Von diesem Bereich gehen jetzt die stärksten Wachstumsimpulse aus: Die Auftragsgänge bei den monatlich meldenden Betrieben des Bauhauptgewerbes lagen 1992 um zwei Drittel über dem Niveau des Vorjahres. Im Wohnungsbau dürften die Arbeiten am Gebäudebestand (Reparaturen und Modernisie-

¹⁰ Im Rahmen dieser Berichterstattung hat die Regioconsult G.B.b.R. die Lage des ostdeutschen Bauhauptgewerbes untersucht.



rungen) noch immer dominieren; im Neubau wirken administrative Hemmnisse und ungeklärte Eigentumsverhältnisse weiterhin retardierend. Insgesamt hat die Nachfrage nach Bauleistungen aber auch hier deutlich angezogen (Januar bis November: +37 vH).

Im Zuge der expandierenden Nachfrage ist der Abbau des Arbeitskräftebestandes im ostdeutschen Bauhauptgewerbe zum Stillstand gekommen. Nach aktuellen Umfragen einzelner bauwirtschaftlicher Landesverbände steigt der Anteil der Betriebe, die in den nächsten Monaten zusätzliche Arbeitskräfte einstellen wollen; insgesamt kann für 1993 erstmals mit einer Zunahme der Beschäftigung gerechnet werden.

Die Unternehmen des Bauhauptgewerbes haben die Zusammensetzung ihrer Belegschaften weiter an die Erfordernisse des Marktes angenähert. Abgenommen hat neben der Zahl nichtgewerblicher Arbeitnehmer auch die Zahl der Facharbeiter, während die Zahl der gewerblichen Lehrlinge, vor allem aber die der Fachwerker und Werker, kräftig gestiegen ist. Es ist zu vermuten, daß die Verschiebung zu den Beschäftigten der unteren Lohngruppen auch auf eine Neueinstufung angestammter Arbeitskräfte zurückgeht.

Die vorhandenen Indikatoren sprechen allerdings dafür, daß die Produktion des ostdeutschen Bauhauptgewerbes langsamer zugenommen hat als die Bauinvestitionen insgesamt. Auffallend ist insbesondere, daß die Zahl der 1992 geleisteten Arbeitsstunden im Tiefbau um 28 vH, im

Hochbau dagegen lediglich um knapp 2 vH gestiegen ist. Diese Entwicklungsdiskrepanz ist vermutlich auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Annähernd ein Viertel aller Aufträge für Baustellen in Ostdeutschland geht an westdeutsche Betriebe. Die ostdeutschen Betriebe erhalten dagegen lediglich 6 vH ihrer Aufträge aus den alten Bundesländern. Der Bezugsüberschuß an Bauleistungen gegenüber den alten Bundesländern ist also unvermindert hoch und dürfte 1992 allein im Bauhauptgewerbe mehr als 5 Mrd. DM betragen haben.
- Unternehmen und Arbeitskräfte aus anderen europäischen Ländern drängen infolge meist verhaltener Konjunktur auf ihren angestammten Märkten verstärkt nach Ostdeutschland. Die heimischen Betriebe sind diesen Anbietern vielfach unterlegen, sowohl in bezug auf das Know-how als auch im Hinblick auf Kosten und Preise.
- Von erheblicher Bedeutung für die Marktposition des Bauhauptgewerbes ist der augenscheinlich rapide wachsende Anteil des Fertigteilbaus. Gewerbliche Gebäude, deren Bau gegenwärtig überdurchschnittlich expandiert, werden überwiegend als Stahlbeton-Skelette oder in Großtafelbauweise errichtet; die entsprechenden Bauelemente werden aber in der Regel von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes hergestellt und montiert. Dieser Trend ist zum einen darin begründet, daß die Bauherren kurze Fertigstellungsfristen mit entsprechenden Vorteilen bei den Finanzierungskosten bevorzugen, zum anderen darin, daß es in der Fertigteilindustrie freie Kapazitäten gibt, die sich auf die Preisgestaltung auswirken. Angaben von Branchenkennern zufolge kommt der überwiegende Teil der Betonfertigteile aus dem alten Bundesgebiet. In den neuen Bundesländern ist zwar die Produktion ebenfalls deutlich ausgeweitet worden — in den ersten zehn Monaten 1992 bei großformatigen Wandbauteilen um 64 vH, bei Fertigteilen konstruktiver Art um 57 vH. Diese Wachstumsraten sind jedoch vor dem Hintergrund des geringen Ausgangsniveaus zu sehen. Viele der alten Produktionsanlagen sind nach der Wende stillgelegt worden, erweisen sich für eine wirtschaftliche Nutzung als zu groß oder genügen nicht den Qualitätsanforderungen.
- Die zunehmende Konkurrenz aus Westdeutschland, aber auch aus dem Ausland und die weitgehend abgeschlossene Privatisierung in der ostdeutschen Bauwirtschaft haben weitere produktivitätsfördernde Maßnahmen induziert. Dies betrifft vor allem die Ausrüstung mit modernen Geräten. Die Anlageinvestitionen lagen 1991 bei 4,3 Mrd. DM; 1992 dürften die Investitionsausgaben 6,1 Mrd. DM betragen haben. Die Investitionsneigung war damit im Bauhauptgewerbe höher als im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige, die Investitionsintensität mit 7 700 DM je Beschäftigten deutlich größer als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Rund ein Drittel aller Investitionen

Tabelle 7

Entwicklung der Beschäftigtenstunden im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland
Index 1. Quartal 1991 = 100

Ausgewählte Gewerbebezüge	1991			1992			
	II	III	IV	I	II	III	IV
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	88,5	78,3	70,5	64,7	58,1	53,4	52,3
darunter:							
Mineralölverarbeitung	89,5	73,1	62,1	62,6	55,9	50,6	49,8
Steine und Erden	97,4	89,1	77,6	75,8	77,5	77,8	74,1
Eisenschaffende Industrie	90,9	80,6	70,1	56,3	48,6	42,3	33,8
NE-Metallerzeugung	82,7	71,8	65,8	50,5	41,3	36,9	34,8
Gießereien	92,9	72,9	61,5	61,6	55,0	48,4	46,7
Stahl- u. Leichtmetallbau	111,2	105,6	103,3	107,1	101,7	97,3	97,4
Maschinenbau	85,8	77,7	69,7	60,9	52,6	48,6	46,8
Straßenfahrzeugbau	94,9	83,0	75,9	66,1	63,3	59,5	63,5
Schiffbau	83,5	80,0	64,6	53,1	49,7	47,0	47,0
Elektrotechnik	81,1	70,0	63,3	58,1	52,1	47,6	45,9
Feinmechanik, Optik, Uhren	84,7	64,9	50,8	44,5	43,7	40,0	41,2
EBM-Waren	83,6	77,8	68,2	67,0	59,0	56,5	57,1
Chemische Industrie	82,5	70,2	64,6	65,7	58,3	49,1	48,3
Herst.v.Büromaschinen, ADV-Geräte	76,1	55,3	45,0	26,3	21,2	14,7	14,3
Holzverarbeitung	88,0	78,5	73,5	70,8	60,5	54,2	56,6
Papier- u. Pappeverarbeitung	89,8	75,6	66,1	67,0	56,1	53,5	51,3
Druckerei, Vervielfältigung	98,1	95,4	92,8	91,4	81,4	79,9	75,8
Herst. v. Kunststoffwaren	90,3	76,1	73,1	83,9	83,8	85,3	87,3
Gummiverarbeitung	74,6	72,1	64,9	56,6	51,2	44,8	42,6
Lederverarbeitung	75,0	67,4	57,0	44,0	35,0	32,4	31,4
Textilgewerbe	81,9	66,5	56,9	46,1	39,7	32,3	31,4
Bekleidungs-gewerbe	82,3	69,4	58,2	50,0	39,6	33,7	31,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	93,3	87,3	80,8	74,2	67,3	64,4	64,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

wurden von westdeutschen Unternehmen vorgenommen. Das heißt, daß die Bedeutung dieser Investorengruppe im Baugewerbe erheblich geringer ist als in anderen Branchen: In der Bauwirtschaft insgesamt wurden bislang annähernd 60 vH der Investitionen von westdeutschen Unternehmen durchgeführt.

Im Zuge des Anpassungsprozesses im ostdeutschen Bauhauptgewerbe wurden verstärkt kaufmännische und technische Angestellte freigesetzt. Allerdings wurden anfangs einzelne technische Unternehmensbereiche zu stark ausgedünnt. Jetzt fehlen den Betrieben teilweise Ingenieure, um bestimmte komplexe Leistungen, beispielsweise schlüsselfertige Bauten, anbieten zu können.

Ein Teil der ostdeutschen Unternehmen ist den auswärtigen Konkurrenten im Preiswettbewerb für Einzelleistungen unterlegen. Dabei spielt auch eine Rolle, daß die Bedeutung öffentlicher Bauvorhaben innerhalb der gesamten Bautätigkeit abnimmt. Im Rahmen des erleichterten Vergabeverfahrens kommen ostdeutsche Unternehmen auch dann zum Zuge, wenn sie — innerhalb bestimmter Grenzen — mit ihren Preisforderungen über denen der westdeutschen Mitbieter liegen.

Die Arbeitsproduktivität (gemessen als Umsatz je Beschäftigten) liegt gegenwärtig bei etwas mehr als der Hälfte

des westdeutschen Wertes. Diese Meßziffer ist allerdings verzerrt, weil die Umsätze der westdeutschen Unternehmen als Folge einer stärkeren vertikalen Verflechtung mehr Nachunternehmerleistungen enthalten als die der ostdeutschen Firmen. Ein an der Wertschöpfung orientierter Vergleich ergibt vielmehr, daß die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland eher bei drei Vierteln des westdeutschen Niveaus anzusiedeln ist. Die Lohnkosten liegen über diesem Satz. Wenn die Wertschöpfung je Beschäftigten bzw. je Baustellenarbeitsstunde vor allem bei mittelständischen Betrieben noch immer deutlich hinter dem Vergleichswert im alten Bundesgebiet zurückbleibt, so läßt sich das unter anderem auf die fehlende Erfahrung der Bauleiter und Poliere und auf die nach wie vor ungenügende Arbeitsvorbereitung zurückführen. Ein gravierendes Problem ist aber auch die Lohngruppeneinordnung der gewerblichen Arbeitskräfte. Viele Unternehmen haben ihre Facharbeiter zunächst aufgrund ihrer formalen Qualifikation und damit häufig zu hoch eingestuft. Zwar sind entsprechende Anpassungen eingeleitet, aber vielfach ist es schwierig, die betroffenen Arbeitnehmer wieder herabzustufen. Bei vielen Betrieben ist daher der Anteil der als Facharbeiter entlohnten Arbeitskräfte höher, derjenige der als Werker entlohnten niedriger als im alten Bundesgebiet; die Kolonnen sind dann weniger effizient zusammenge-

setzt. Dies verschlechtert bei einer am Mittellohn orientierten Kalkulation die Wettbewerbsposition der betroffenen Unternehmen. Ein weiterer strukturell bedingter Grund für die Kostennachteile liegt nach Einschätzung von Branchenkennern darin, daß Schlosser, Maler oder Elektriker in Betrieben des Bauhauptgewerbes angestellt sind und dort besser bezahlt werden als in den spezifischen Ausbaugewerken.

Die Situation des Bauhauptgewerbes ist regional jedoch sehr unterschiedlich:

- Die Auftragslage ist in den nördlichen Regionen schlechter als in den südlichen. Dies hat zur Folge, daß in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bis zuletzt Arbeitskräfte auch aus konjunkturellen Gründen entlassen wurden.
- In den meisten Ballungsgebieten bestehen bereits erhebliche personelle Engpässe, während die Kapazitäten der Betriebe in den ländlich geprägten Regionen, vor allem aber an den Grenzen zu den östlichen Nachbarländern, schlecht ausgelastet sind.

Mehr noch als die Daten über die Bautätigkeit selbst weist die außerordentlich kräftige und nahezu alle Ferti-

gungssparten umfassende Steigerung der Baustoffproduktion auf die Veränderung von Bauwerksstrukturen, Bauweisen und Vorleistungsverflechtung hin. Das beschleunigte Wachstum der Baustoffwirtschaft beruht zu einem nicht geringen Teil auf der Substitution von Bezügen aus den alten Bundesländern durch lokale, mit geringeren Transportkosten belastete und damit tendenziell billigere Produkte. Dies gilt beispielsweise für Wandbausteine, ein Markt, in den sowohl international tätige Großunternehmen als auch mittelständische westdeutsche und ausländische Investoren kräftig investiert haben. Besonders expansiv verläuft die Entwicklung bei Kalksandsteinen (Januar bis Oktober 1992 gegenüber Vorjahr: +97 vH) und Porenbetonsteinen (+85 vH). Aber auch in der Kieswirtschaft sind die Fertigungskapazitäten inzwischen umgerüstet und vielfach erweitert worden. Dort haben die EG-Normen zu höheren Anforderungen geführt und entsprechende Investitionen induziert.

Das kräftige Wachstum der Produktion von Kiesen und Sanden (+60 vH) sowie von Zement (+75 vH) ist nicht zuletzt auf die überdurchschnittliche Expansion des Wirtschaftsbaus und dessen hohen Bedarf an Beton und Betonelementen zurückzuführen. Es zeigt aber darüber hinaus

Tabelle 8
Entwicklung der Nettoproduktion¹⁾ je Beschäftigtenstunde im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland
 Index 1. Quartal 1991 = 100

Ausgewählte Gewerbezweige	1991			1992			
	II	III	IV	I	II	III	IV
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	108,1	126,7	150,8	147,7	160,6	180,3	203,5
darunter:							
Mineralölverarbeitung	107,7	144,3	180,6	167,3	197,6	217,1	227,3
Steine und Erden	152,8	189,0	219,2	204,8	289,3	340,1	352,9
Eisenschaffende Industrie	114,6	114,4	103,0	132,3	191,6	199,7	246,0
NE-Metallerzeugung	91,3	134,4	128,5	195,0	239,1	261,1	267,1
Gießereien	97,1	108,2	126,1	130,7	131,9	119,7	117,7
Stahl- u. Leichtmetallbau	118,7	146,6	150,4	138,0	160,1	203,5	205,1
Maschinenbau	115,4	133,9	153,8	120,6	112,1	117,1	146,5
Straßenfahrzeugbau	84,3	81,2	91,7	104,8	124,6	134,3	193,5
Schiffbau	91,6	81,9	145,0	92,8	116,2	127,7	133,8
Elektrotechnik	104,3	126,0	156,0	147,7	156,5	187,5	243,9
Feinmechanik, Optik, Uhren	63,0	67,1	90,9	79,9	112,9	190,9	334,4
EBM-Waren	115,7	120,0	151,7	172,3	182,6	189,0	190,1
Chemische Industrie	93,9	121,0	177,7	159,7	134,2	141,3	143,8
Herst.v.Büromaschinen, ADV-Geräte	139,7	119,9	131,0	232,8	265,8	218,1	321,7
Holzverarbeitung	92,2	97,0	130,6	144,1	137,6	143,2	183,9
Papier- u. Pappeverarbeitung	104,0	132,2	156,4	168,5	175,5	193,3	211,9
Druckerei, Vervielfältigung	122,3	137,8	164,7	157,3	189,0	196,2	213,9
Herst. v. Kunststoffwaren	105,9	134,6	184,9	179,7	214,9	213,9	237,6
Gummiverarbeitung	106,9	131,3	121,2	119,8	138,7	133,7	139,9
Lederverarbeitung	106,7	110,7	116,0	133,9	152,9	163,6	191,5
Textilgewerbe	100,9	119,6	140,2	158,1	167,6	170,9	191,2
Bekleidungsgewerbe	97,1	115,7	129,5	123,8	133,7	135,5	167,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	104,4	110,7	126,1	133,1	147,5	159,3	167,7

¹⁾ Fachliche Unternehmensteile, arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

Tabelle 9

**Lohn- und Gehaltsumme je Beschäftigtenstunde im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland
in D-Mark**

Ausgewählte Gewerbebezüge	1991				1992			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	11,22	13,74	14,49	16,57	14,47	16,84	18,24	19,97
darunter:								
Mineralölverarbeitung	10,78	16,28	14,86	16,17	15,45	17,76	17,69	19,93
Steine und Erden	11,30	13,92	14,51	16,74	14,57	16,73	17,28	19,90
Eisenschaffende Industrie	11,52	13,86	14,82	16,28	8,13	9,51	10,29	19,34
NE-Metallerzeugung	11,67	14,58	13,56	14,85	14,14	17,27	18,35	18,82
Gießereien	12,64	15,07	16,67	17,63	14,01	16,78	18,83	18,95
Stahl- u. Leichtmetallbau	11,67	13,28	14,28	17,84	14,39	17,49	18,36	20,54
Maschinenbau	11,52	15,07	15,30	17,30	14,77	18,46	19,12	20,74
Straßenfahrzeugbau	12,30	14,27	14,59	16,06	13,81	16,29	18,17	18,45
Schiffbau	14,05	17,47	18,01	24,08	19,37	25,18	24,99	26,18
Elektrotechnik	11,85	15,21	15,77	18,18	14,56	17,86	18,93	20,26
Feinmechanik, Optik, Uhren	12,19	15,72	18,43	20,37	37,99	20,67	56,21	50,16
EBM-Waren	11,18	13,66	14,29	15,57	12,52	15,95	16,72	17,58
Chemische Industrie	10,61	14,28	15,50	17,08	15,37	16,91	17,99	21,82
Herst.v.Büromaschinen, ADV-Geräte	10,78	15,60	17,01	18,45	18,76	23,10	24,10	23,01
Holzverarbeitung	10,43	11,91	12,76	14,03	12,71	14,55	15,66	16,11
Papier- u. Pappeverarbeitung	9,90	12,20	13,49	15,03	13,03	15,23	15,47	17,32
Druckerei, Vervielfältigung	13,99	18,05	19,03	24,23	20,16	25,79	23,95	28,82
Herst. v. Kunststoffwaren	11,31	13,36	14,18	14,86	13,87	14,79	15,46	17,93
Gummiverarbeitung	11,72	15,54	14,57	15,28	12,88	15,53	16,43	18,35
Lederverarbeitung	10,57	12,00	14,24	16,13	13,24	15,02	14,54	16,15
Textilgewerbe	10,00	10,95	12,55	15,82	11,83	13,62	14,84	17,12
Bekleidungsgewerbe	9,56	10,21	11,03	13,56	11,49	12,59	12,90	18,81
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	10,17	11,43	12,09	13,92	12,58	13,92	14,36	15,99

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

den generell verstärkten Einsatz von Transportbeton. Die Produktion dieses zentralen Baustoffs war in den ersten zehn Monaten des Jahres 1992 annähernd dreimal so hoch wie zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Dienstleistungssektor

Überblick

- Im Dienstleistungssektor sind die Anpassungsprozesse weit vorangekommen. Der Anpassungsbedarf ist aber immer noch groß. Das zeigt sich insbesondere daran, daß
- viele Unternehmen gegründet, aber auch viele liquidiert werden,
 - leistungsschwache Anbieter durch leistungsstarke verdrängt werden,
 - unattraktive oder teure Standorte geräumt und Neuan-siedlungen an anderer Stelle vorgenommen werden,
 - traditionelle Dienstleistungsgewerbe aufgegeben und moderne etabliert werden.

Dies alles ist typisch für eine Periode des Übergangs, in der — durch Versuch und Irrtum — eine neue Unternehmenslandschaft entsteht.

Die statistische Erfassung der wirtschaftlichen Vorgänge im Dienstleistungssektor ist freilich nach wie vor unzurei-

chend: Die Statistik weist große Lücken auf, und vor allem hinkt sie weit hinter der Entwicklung her. Im folgenden sollen, gestützt auf die verfügbaren Daten des Statisti-schen Bundesamtes, auf Umfrageergebnisse von Insti-tuten und Verbänden und auf eigene Recherchen — die Konturen der aktuellen Entwicklung herausgearbeitet werden.

Unternehmensstruktur

Seit dem Übergang zur Marktwirtschaft hat die Anzahl der Unternehmen in nahezu allen Dienstleistungsberei-chen sprunghaft zugenommen. In der DDR hatte es zu-letzt, neben wenigen großen Kombinat und volkseigenen Betrieben im Handel, im Verkehrsgewerbe sowie in den sonstigen Dienstleistungsbranchen lediglich 50 000 genossenschaftliche und private Unternehmen gegeben. Ende 1990 wurden bereits mehr als doppelt so viele gezählt (Tabelle 11)¹¹. Bis Anfang 1992 hat sich, orientiert man sich

¹¹ Angaben über die Anzahl der Unternehmen in Ostdeutsch-land nach Branchen liegen nur aus der Berufstätigenzählung vom November 1990 vor. Ihre Zahl ist weitgehend mit der der Selbstän-digen identisch. Vermutlich sind diese Zahlen etwas zu niedrig, weil damals die Erfassung der neugegründeten Unternehmen noch unzulänglich war.

Tabelle 10

Entwicklung der Lohnstückkosten¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland
Index 1. Quartal 1991 = 100

Ausgewählte Gewerbezweige	1991			1992			
	II	III	IV	I	II	III	IV
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	113,3	102,2	97,7	87,5	93,3	90,2	87,3
darunter:							
Mineralölverarbeitung	139,6	95,7	84,1	86,0	83,5	76,0	81,7
Steine und Erden	78,8	66,6	66,5	63,6	49,9	43,9	49,1
Eisenschaffende Industrie	104,4	112,3	137,1	54,5	43,2	44,6	68,8
NE-Metallerzeugung	136,5	86,1	98,6	62,3	61,5	60,2	60,3
Gießereien	122,4	122,1	111,0	84,8	100,6	125,0	128,0
Stahl- u. Leichtmetallbau	94,3	81,8	100,3	88,3	91,7	76,7	85,0
Maschinenbau	115,4	99,8	97,7	107,0	144,1	142,3	126,0
Straßenfahrzeugbau	137,2	145,0	140,9	107,2	105,5	113,9	77,0
Schiffbau	135,0	155,9	125,9	148,6	153,4	138,5	139,5
Elektrotechnik	123,8	106,0	98,3	83,3	96,4	85,9	70,4
Feinmechanik, Optik, Uhren	204,1	222,0	185,0	363,0	147,1	201,2	246,5
EBM-Waren	106,0	106,3	91,1	64,8	77,7	78,9	82,2
Chemische Industrie	145,0	120,9	90,4	90,4	118,9	119,7	142,5
Herst. v. Büromaschinen, ADV-Geräte	100,5	127,5	126,4	74,6	79,2	121,2	64,9
Holzverarbeitung	123,8	130,8	102,9	84,7	102,0	107,4	83,8
Papier- u. Pappeverarbeitung	118,6	105,3	97,3	78,7	87,6	81,5	83,2
Druckerei, Vervielfältigung	105,6	98,8	105,0	91,7	97,5	87,6	96,5
Herst. v. Kunststoffwaren	112,2	92,9	70,6	68,2	60,5	63,9	66,5
Gummiverarbeitung	121,4	94,7	109,7	89,5	93,3	103,2	109,5
Lederverarbeitung	107,0	124,1	132,5	95,0	92,9	84,4	80,0
Textilgewerbe	108,5	105,3	112,6	74,7	80,9	87,3	89,6
Bekleidungsgewerbe	110,5	100,7	109,3	99,6	98,4	100,1	117,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	107,8	107,4	108,4	93,0	92,7	88,7	93,9

¹⁾ Lohn- und Gehaltssumme je Einheit Nettoproduktion.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

an der Zunahme der Anzahl der Selbständigen, der Bestand an Unternehmen auf etwa 250 000 erhöht. Inzwischen dürfte — bezogen auf die Einwohnerzahl — mit mehr als 300 000 Unternehmen fast schon die Dichte wie in Westdeutschland erreicht worden sein; dort gab es Mitte 1987 rund 1,5 Millionen Unternehmen im Dienstleistungssektor.

So beachtlich die Gründungsaktivitäten im Dienstleistungssektor waren und noch immer sind: Die teilweise sehr viel höheren Schätzungen, die auf der Statistik der Gewerbean- und -abmeldungen beruhen, müssen deutlich nach unten korrigiert werden. Danach waren im Zeitraum von Anfang 1990 bis Ende 1992 allein im Handel und Gastgewerbe rund 250 000 Gewerbe gegründet worden. Doch dürfte allenfalls die Hälfte tatsächlich eine Tätigkeit aufgenommen haben.

Eine sprunghafte Zunahme der Anzahl der Unternehmen läßt sich in beinahe allen Dienstleistungsbereichen beobachten. Die höchsten Gründungsraten gab es bei den Freien Berufen. Das läßt sich vor allem damit erklären, daß es diesen Berufsstand vor der Wende praktisch nicht gab. Auffällig ist auch der hohe Zuwachs im Bank- und Versicherungsgewerbe: Er geht in erster Linie auf die

vielen neuen Selbständigen zurück, die im Außendienst für Versicherungsunternehmen arbeiten. Eine Ausnahme bildet das Gastgewerbe. Dort ist die Anzahl der Selbständigen von Ende 1990 bis Mitte 1991 zunächst noch stark gestiegen, danach aber bis Anfang 1992 fast wieder auf den alten Stand gesunken. Das mag vor allem damit zusammenhängen, daß die hohe Gründungswelle bei Imbißständen rasch in eine Schließungswelle umschlug.

Nicht alle neuen Dienstleistungsunternehmen sind originäre Neugründungen. Eine große Anzahl geht auch auf die Ausgründung und Privatisierung von Teilen staatlicher Unternehmen und Einrichtungen zurück. So hat die Treuhandanstalt im Zuge der Privatisierung von Industrieunternehmen zahlreiche Betriebsteile, die Dienstleistungsaufgaben erfüllten, abgespalten und getrennt veräußert — oftmals im Rahmen eines Management-Buy-Out oder Employee-Buy-Out. Auf diese Weise sind vor allem in den wirtschaftsnahen Dienstleistungszweigen viele neue Unternehmen entstanden, so etwa Architektur- und Ingenieurbüros, Datenverarbeitungszentren und berufliche Fortbildungseinrichtungen. Freilich haben nicht alle überlebt. Viele dieser Unternehmen, manche hatten 50 und mehr Beschäftigte, waren für den Markt zu groß und zu wenig wettbewerbsorientiert.

Schon früher war darauf hingewiesen worden, daß die ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen in der Zeit nach der Wende im Durchschnitt dreimal so viele Beschäftigte hatten wie die westdeutschen¹². Inzwischen haben sich die Unternehmensgrößen deutlich angenähert (Tabelle 12). So hatten Anfang 1992 im Einzelhandel die Betriebe im Durchschnitt nur noch die doppelte Beschäftigtenzahl wie in Westdeutschland.

Beschäftigung

Nach dem Übergang zur Marktwirtschaft mußte auch in den meisten Dienstleistungsbetrieben kräftig Personal abgebaut werden. In der DDR war zwar alles in allem das Dienstleistungsangebot geringer, und es gab insgesamt weniger Beschäftigte, die Dienstleistungen erbrachten, als in der Bundesrepublik, aber fast alle Dienstleistungsbetriebe waren personell überbesetzt. Insgesamt ging der Beschäftigtenabbau — seit Ende 1989 etwa 350 000 Personen — weit über das zunächst erwartete Maß hinaus. Es ist derzeit allerdings noch immer nicht möglich, sich ein genaues Bild von der Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Dienstleistungsbereichen zu machen. Die wenigen verfügbaren Daten — im wesentlichen aus der Berufstätigenerhebung vom November 1990 und aus den Mikrozensus vom April 1991 und Januar 1992 — sind wegen methodischer Unterschiede nicht voll vergleichbar, und ihre Qualität ist nur schwer abzuschätzen. Es läßt sich derzeit allenfalls das Grundmuster der Entwicklung beschreiben.

Von April 1991 bis Januar 1992 gingen insgesamt 120 000 Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor verloren, vor allem im Handel, im Verkehrsgewerbe und im Gastgewerbe (Tabelle 13). Tatsächlich war der Arbeitsplatzabbau aber noch stärker, weil in dieser Zeit ein nicht geringer Teil der Beschäftigten als Pendler in Westdeutschland (und vor allem in West-Berlin) eine Tätigkeit aufnahm¹³. Kräftige Arbeitsplatzgewinne gab es nur bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen. Bei den sogenannten übrigen Dienstleistungen wurden ebenfalls starke Zuwächse verbucht. So sind im Bereich der Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, technischen Beratung und Planung sowie Werbung schätzungsweise 15 000 bis 20 000 zusätzliche Arbeitsplätze zu verzeichnen. Einen Zuwachs von 14 000 Arbeitsplätzen gab es bei der Gebäudereinigung. In diesen Bereichen handelt es sich häufig nicht um neugeschaffene Arbeitsplätze, sondern um Arbeitsplätze in solchen Betrieben, die aus anderen Bereichen, beispielsweise der Industrie, ausgegliedert worden sind.

Die Chancen dafür, daß schon bald Arbeitsplatzgewinne im Dienstleistungssektor die anhaltenden Arbeitsplatzverluste in anderen Sektoren kompensieren oder gar überkompensieren könnten, müssen zurückhaltend eingeschätzt werden. Die Basis dafür ist durch Gründung vieler

¹² Vgl. Fünfter Anpassungsbericht, März 1992, Wochenbericht des DIW, Nr. 12-13/1992, Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 183.

¹³ Im Mikrozensus werden die Erwerbstätigen nach ihrem Wohnort erfaßt und nicht, wie in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, nach ihrem Arbeitsort.

Tabelle 11
Selbständige im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland Ende 1990, Mitte 1991 und Anfang 1992
in 1 000

Wirtschaftsbereich ³⁾	November 1990 ¹⁾	April 1991 ²⁾	Januar 1992 ²⁾
Handel	44,0	80	91
Großhandel, Handelsvermittlung	6,6	11	15
Einzelhandel	37,5	69	76
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15,7	22	21
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	0,1	10	18
Dienstleistungsunternehmen	53,9	118	124
Gastgewerbe, Heime	16,8	28	19
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe	7,4	20	18
Gesundheits- und Veterinärwesen	2,1	24	32
Übrige Dienstleistungsunternehmen	27,6	46	55
darunter:			
Wäschereien, Körperpflegegewerbe u. ä.	8,1	14	17
Gebäudereinigung	3,5	.	5
Insgesamt	113,6	230	254

1) Ergebnisse der Berufstätigenzählung. — 2) Ergebnisse des Mikrozensus. — 3) Nach der Systematik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 12

Durchschnittliche Unternehmensgröße in ausgewählten Dienstleistungsbereichen in Ostdeutschland
Ende 1990 und Anfang 1992

Wirtschaftsbereich ³⁾	November 1990 ¹⁾	Januar 1992 ²⁾	Nachrichtlich: Westdeutschland Mai 1987
Handel	15	8	6
Großhandel, Handelsvermittlung	25	10	10
Einzelhandel	13	8	4
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung ⁴⁾	14	9	8
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	11	7	6
Gastgewerbe, Heime	7	7	4
Bildung und Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe	8	8	6
Gesundheits- und Veterinärwesen	7	6	6

1) Beschäftigte je Unternehmen; Ergebnisse der Berufstätigenzählung vom November 1990. — 2) Beschäftigte je Selbständigen; Ergebnisse des Mikrozensus vom Januar 1992. — 3) Nach der Systematik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — 4) Ohne Bahn und Post.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des IfW.

Unternehmen zwar gelegt, aber es fehlt der kräftige Wachstumsschub, der diesen Unternehmen zusätzliche Aufträge und damit den Spielraum für eine Ausweitung der Beschäftigung verschafft.

Nachfrage

Die Nachfrage nach Dienstleistungen expandiert zwar seit einiger Zeit recht stetig, in einigen Bereichen sogar mit einer zweistelligen Rate. Im ganzen reicht dieser Zuwachs aber nicht aus, das kräftig wachsende Angebot auszulasten. Zum einen ist die Anpassung der Angebotsstruktur an die Struktur der Nachfrage noch nicht weit genug voran gekommen. Zum anderen waren die Erwartungen vieler Anbieter in Ostdeutschland überzogen, sowohl was das Tempo der Nachfrageentwicklung betrifft, als auch was die eigene Wettbewerbsfähigkeit gegenüber westlichen Konkurrenten anlangt. Schließlich werden häufig mangels industrieller Arbeitsplätze Dienstleistungsunternehmen gegründet, obwohl die Marktsituation die Erzielung eines angemessenen Einkommens nicht erlaubt. Neben solchen Angebotsüberhängen gibt es in einigen Bereichen allerdings auch Angebotsengpässe.

Nach der Wende kamen die Impulse zunächst von seiten der Unternehmen. Es bestand ein großer Bedarf — oftmals auch ein Nachholbedarf — an Dienstleistungen, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung, der Beratung, der Planung, der Datenverarbeitung und des Marketing. Zum Teil war dies die Folge der Ausgliederung von Dienstleistungstätigkeiten, die die Produktionsunternehmen früher intern erledigt hatten. In letzter Zeit hat die Dienstleistungsnachfrage der Unternehmen freilich spürbar an Schwung

verloren. Dies ist teils ein Zeichen von Fortschritten bei der strukturellen Anpassung, teils hängt es aber auch mit dem anhaltenden Niedergang der ostdeutschen Industrie zusammen, der sich auf eine Reihe von Dienstleistungsbereichen auswirkt.

Der Verlangsamung des Expansionstempos in den produktionsnahen Dienstleistungsbereichen steht eine Beschleunigung in den konsumnahen Bereichen gegenüber. Vor allem im Handel, im Gastgewerbe und im Dienstleistungshandwerk zieht die Nachfrage kräftig an. Dies hängt nicht zuletzt mit dem deutlichen Anstieg der Realeinkommen der privaten Haushalte zusammen, die im zurückliegenden Jahr um rund 5 vH zugenommen haben.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind in Ostdeutschland zwar noch deutlich niedriger als in Westdeutschland (im Durchschnitt um etwa 30 vH), aber die Abweichungen in der Struktur des privaten Verbrauchs sind nicht mehr gravierend (Tabelle 14). Ohne Grundmiete gerechnet gab der Durchschnittshaushalt in Ostdeutschland im 1. Halbjahr 1992 fast 17 vH seines Budgets für Dienstleistungen aus, beim Durchschnittshaushalt in Westdeutschland waren es (nach den Angaben für das Jahr 1988) 13 vH. Der Anteil der Ausgaben für Dienstleistungen an dem Budget, das nach Abzug der Ausgaben für Mieten verfügbar war, betrug in Ostdeutschland 20 vH, in Westdeutschland 17 vH. Von einer geringen Präferenz der ostdeutschen Haushalte für Dienstleistungen kann also keine Rede mehr sein.

Ein Vergleich der Ausgabenpositionen läßt erkennen, daß es auch im einzelnen nur noch geringe Unterschiede gibt (Tabelle 15). So geben ostdeutsche Haushalte fast den gleichen Teil ihres Budgets für Kraftfahrzeugreparaturen

sowie für Bildung, Unterhaltung und andere Freizeitaktivitäten aus wie die westdeutschen. Deutlich geringer ist nur der Anteil der Ausgaben für Gesundheitsdienstleistungen. Bemerkenswert ist der vergleichsweise hohe Anteil der Ausgaben für Fremdverpflegung bei Arbeitnehmerhaushalten, was freilich nicht so sehr den Gaststätten, sondern eher den Kantinen und Imbißständen zugute kommt. Auffällig ist auch die Vorliebe ostdeutscher Rentnerhaushalte für Pauschalreisen, während westdeutsche Rentnerhaushalte eher Individualreisen präferieren.

Mittelständischer Einzelhandel

Im ostdeutschen Einzelhandel haben sich mit dem Übergang zur Marktwirtschaft relativ rasch und problemlos wettbewerbsfähige Strukturen herausgebildet. Von Anfang an haben dabei die westdeutschen Handelsketten das Heft in die Hand genommen. Mit dem Auf- und Ausbau meist großflächiger und relativ wenig personalintensiver Verkaufsförmen bestimmen sie das Bild. Parallel dazu sind freilich auch zahlreiche kleine Unternehmen entstanden, die teils mit den großen Handelsketten konkurrieren, teils aber auch solche Geschäftsfelder ausfüllen, die diese nicht abdecken.

Während die Aktivitäten der Großunternehmen schon vergleichsweise gut dokumentiert sind¹⁴, ist über die Ent-

wicklung der mittelständischen Unternehmen erst relativ wenig bekannt. Die Forschungsstelle für den Handel (FfH), Berlin, hat deshalb nun deren Lage untersucht. Im Mittelpunkt stehen dabei die nach der Wende neugegründeten Unternehmen.

Umfang der Existenzgründungen

Ende des Jahres 1989 wurden in der DDR knapp 22 000 Einzelhandelsgeschäfte von privaten Unternehmen geführt, die freilich sehr stark in das staatliche Verteilungssystem eingebunden waren. Gemessen an der Anzahl der Geschäfte war somit im Einzelhandel schon ein gewisser Sockel an mittelständischen Existenzen vorhanden. Zum Vergleich: Der ehemals staatliche Einzelhandel HO-Betrieb etwa 22 000, der konsumgenossenschaftliche Handel etwa 30 000 weitere Geschäfte. Die tatsächliche Bedeutung des privaten Einzelhandels war allerdings gering: Die Privatgeschäfte waren meistens sehr klein, auf sie entfiel lediglich etwas mehr als ein Zehntel des gesamten Einzelhandelsumsatzes.

¹⁴ In den Anpassungsberichten wurde wiederholt darüber berichtet (vgl. Dritter Bericht, September 1991 und Sechster Bericht, September 1992, vgl. Wochenbericht, Nr. 39-40/1991 und Nr. 38/1992, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 176 und 190/191).

Tabelle 13

Erwerbstätige¹⁾ im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland Mitte 1990 und Anfang 1992²⁾
in 1 000

Wirtschaftsbereiche ³⁾	April 1991	Januar 1992	Veränderung
Handel	771	722	-49
Großhandel	158	121	-37
Handelsvermittlung	22	20	-2
Einzelhandel	591	581	-10
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	605	528	-77
Eisenbahn	236	211	-25
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	22	13	-9
Post/Telekom	145	127	-18
Übriger Verkehr	202	178	-24
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	110	115	+5
Dienstleistungsunternehmen	907	908	+1
Gastgewerbe, Heime	189	171	-18
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe	157	160	+3
Gesundheits- und Veterinärwesen	198	193	-5
Übrige Dienstleistungsunternehmen	363	384	+21
darunter:			
Gebäudereinigung	26	38	+14
Insgesamt	2 393	2 273	-120

¹⁾ Inländer (Wohnortkonzept). — ²⁾ Ergebnisse des Mikrozensus. — ³⁾ Nach der Systematik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des IfW.

Tabelle 14

Struktur der Ausgaben privater Haushalte für den privaten Verbrauch in Ostdeutschland im 1. Halbjahr 1992

	Alle Haushalte ¹⁾	darunter Haushalte mit					Nachrichtlich: Alle Haushalte in Westdeutschland 1988 ²⁾
		1	2	3	4	5	
		Personen					
Monatliche Ausgaben insgesamt	2 224	1 371	2 223	2 567	2 804	4 000	2 924
darunter für							
Nahrungs- und Genußmittel,							
Tabakwaren	26,6	24,6	25,7	27,9	29,4	30,6	22,3
Bekleidung, Schuhe	8,5	9,2	8,0	8,5	8,5	8,3	8,3
Wohnungsmiete, Energie, Wasser	15,7	20,3	14,9	13,5	13,0	11,9	25,3
Haushaltsführung	13,5	9,6	15,8	13,3	15,4	15,7	8,8
Gesundheit und Körperpflege	3,9	4,4	4,1	3,7	3,3	3,0	4,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	18,8	17,6	18,5	21,3	18,6	18,6	16,0
Bildung und Unterhaltung	8,4	9,2	8,2	8,0	8,2	9,0	9,8
Persönliche Ausstattung u.ä.	4,4	5,1	4,8	3,7	3,7	2,8	4,8
Nachrichtlich:							
Dienstleistungen							
einschl. Grundmiete	24,3	26,3	24,1	24,0	22,1	22,9	32,2
ohne Grundmiete	16,7	15,8	17,1	17,6	16,2	17,7	12,9

1) Gewichtet mit den Ergebnissen des Mikrozensus vom April 1991. — 2) Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW.

Für Existenzgründer gab es nach der Wende folgende Möglichkeiten:

- Die Neugründung eines Handelsbetriebes;
- die direkte Übernahme eines HO-Geschäfts im Rahmen der Privatisierung;
- die indirekte Übernahme eines HO-Geschäfts von einem westdeutschen Handelsunternehmen, das einen Teil der Läden an Privatpersonen weiterveräußerte bzw. vermietete;
- die direkte oder indirekte Übernahme eines konsumgenossenschaftlichen Ladens.

Von all diesen Möglichkeiten wurde zahlreich Gebrauch gemacht. Eine weitere Form unternehmerischen Engagements — die bloße Beteiligung als Gesellschafter — hat dagegen in den neuen Bundesländern keine Bedeutung erlangt.

Eine quantitative Beschreibung des Existenzgründungsgeschehens im Handel in den neuen Bundesländern ist schwierig. Zahlen liegen nur für die großen Handelsketten vor. Um die Zahl kleiner und mittlerer Einzelhandelsunternehmen in den neuen Bundesländern zu schätzen, können prinzipiell drei unterschiedliche Ansätze gewählt werden:

- (1) Es kann versucht werden, die Anzahl der Unternehmen nach den Gründungsformen zu schätzen. Über die Anzahl der schon früher privat geführten Handelsbetriebe ist jedoch wenig bekannt; ähnliches gilt für die vielen tausend ehemals staatlichen Geschäfte, die bereits vor

Beginn der offiziellen Privatisierung ohne Einschaltung der Gesellschaft zur Privatisierung des Handels (GPH) veräußert wurden, und auch die Zahl der Vermietungen ehemals konsumgenossenschaftlicher Geschäfte an Privatpersonen kann nur sehr grob geschätzt werden. Alles in allem kann für die Anzahl der mittelständischen Einzelhandelsunternehmen, die durch Weiterführung privater Einzelhandelsläden sowie durch Privatisierung ehemals staatlicher und konsumgenossenschaftlicher Läden entstanden sind, nur eine relativ breite Spanne von 25 000 bis 40 000 genannt werden. Hinzu kommen noch die originären Neugründungen, die auf andere Weise geschätzt werden müßten. Dieser Ansatz führt also nur zu einem wenig befriedigenden Ergebnis.

- (2) Es kann die Gewerbestatistik herangezogen werden. Dieser Ansatz führt zu einem besseren Ergebnis, denn die amtlichen Angaben über Gewerbean- und -abmeldungen sind eine umfassende Quelle für die Beschreibung und Interpretation des Gründungsgeschehens. Die Statistik weist für den Zeitraum von 1990 bis 1992 im Handel und Gaststättengewerbe einen Überschuß der Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen von 250 000 aus (Tabelle 16). Aus verschiedenen Gründen jedoch überzeichnet die Gewerbestatistik das Gründungsgeschehen; hierauf wurde schon mehrfach hingewiesen¹⁵.

¹⁵ Vgl. Fünfter Bericht, März 1992, Wochenbericht, Nr. 12-13/1992, Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 183.

Tabelle 15

Struktur der Ausgaben für ausgewählte Dienstleistungen einzelner Haushaltstypen¹⁾ in Ost- und Westdeutschland 1991 in vH

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	Haushaltstyp					
	I	II	III	I	II	III
Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen u.ä.	2,8	4,4	4,6	3,0	3,6	4,2
darunter: in Gaststätten	2,1	2,0	2,3	2,1	2,3	2,8
Fremde Verkehrsleistungen ²⁾	1,7	0,8	1,1	1,1	0,8	1,3
Reparaturen an Kraftfahrzeugen und Fahrrädern	1,7	2,7	2,6	1,9	2,3	2,5
Nachrichtenübermittlung	1,8	0,7	0,8	2,6	1,7	1,6
Dienstleistungen von Ärzten und anderen medizinischen Fachkräften	0,9	0,5	0,3	1,1	0,9	3,1
Dienstleistungen für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,1	1,7	1,6	1,3	1,7	1,7
Unterrichtsleistungen	0,0	1,3	1,4	0,0	1,5	1,6
Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes	1,4	1,0	1,6	1,6	0,7	2,4
Pauschalreisen	2,0	0,4	0,7	0,8	0,5	0,9

¹⁾ I = 2-Personenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern; II = 4-Personenhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittleren Einkommen; III = 4-Personenhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit höheren Einkommen. — ²⁾ Ohne Pauschalreisen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Freilich gibt die Gewerbestatistik interessante Hinweise auf das zeitliche Muster der Gründungsaktivitäten. Bereits im Dezember 1989 wurden von der Regierung Modrow die ersten Deregulierungsmaßnahmen für Existenzgründer verabschiedet, die volle Gewerbefreiheit — analog zur westdeutschen Regelung — wurde im Mai 1990 eingeführt. In der Folge stieg die Anzahl der Gewerbeanmeldungen ständig. Über alle Branchen hinweg erreichte sie ihren Höhepunkt mit 95 000 Neueintragungen im dritten Quartal 1990; seitdem ist sie, bei monatlicher Betrachtung, fast durchgängig rückläufig. Der Anteil des Bereichs Handel und Gaststätten an den gesamten Neuanmeldungen ist dabei von 1990 bis 1992 ununterbrochen gesunken. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Abmeldungen in diesem Bereich; sie war zuletzt etwa halb so hoch wie die der Anmeldungen. Diese Entwicklung läßt sich schlüssig erklären. Die hohe Anzahl der Neugründungen in den ersten Monaten nach der Wende beruhte vielfach auf der Anmeldung von bereits in der DDR bestehenden privaten Handelsunternehmen sowie auf der Anmeldung von übernommenen ehemaligen HO-Läden. Hierdurch sind also keine neuen Ladengeschäfte entstanden, sondern lediglich bestehende weitergeführt oder umgewidmet worden.

(3) Es können schließlich Daten der amtlichen Statistik aus anderen Bereichen als Schätzgrundlage benutzt werden. Dazu eignen sich die Ergebnisse des Mikro-

zensus. Er weist für Januar 1992 — dieses ist die letzte verfügbare Angabe — rund 76 000 Selbständige im Einzelhandel aus. Darin enthalten sind allerdings mehrere tausend Inhaber von Klein- und Kleinstbetrieben (Kioske, Getränkevertriebe, Stubenläden). Die Anzahl der Selbständigen, die ein Ladengeschäft betreiben, dürfte deutlich niedriger gewesen sein und bei etwa 65 000 gelegen haben. Unter Einschluß der im Jahre 1992 erfolgten Neugründungen läßt sich also die Anzahl der gegenwärtig existierenden mittelständischen Betriebe auf 70 000 bis 80 000 veranschlagen.

Strukturmerkmale von Existenzgründungen

Aufgrund verschiedener Befragungen lassen sich über die Merkmale von Existenzgründungen im Einzelhandel folgende Aussagen treffen¹⁶⁾:

- Die typische Rechtsform ist die der Einzelfirma; hierauf entfielen 83 vH der Existenzgründungen. Die Rechtsform der Personengesellschaft wurde dagegen nur in 7 vH und die der Kapitalgesellschaften in 10 vH der Fälle gewählt.

¹⁶⁾ Ausgewertet wurden jeweils eine Befragung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) vom Sommer 1991, der Forschungsstelle für den Handel (FfH) vom Spätsommer 1992 und der Deutschen Ausgleichsbank (DAB) vom Frühjahr 1991 und Frühjahr 1992.

Tabelle 16

Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen in Ostdeutschland 1990 bis 1992

		1990	1991	1992	Summe
Anmeldungen					
Insgesamt	in 1 000	281	293	214	788
darunter					
Handel/Gaststätten	in 1 000	137	138	994	373
	in vH	48,7	47,1	6,1	47,4
Abmeldungen					
Insgesamt	in 1 000	27	100	121	247
darunter					
Handel/Gaststätten	in 1 000	12	48	62	123
	in vH	46,7	48,2	51,6	49,7
Saldo					
Insgesamt	in 1 000	254	193	93	541
darunter					
Handel/Gaststätten	in 1 000	124	90	36	251
	in vH	48,9	46,5	39,0	46,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- Bei annähernd jedem zweiten Existenzgründer war der drohende oder bereits eingetretene Verlust des Arbeitsplatzes das vorrangige Motiv. Dies hatte zur Folge, daß viele Personen ein Gewerbe anmeldeten, die weder über ausreichende Fachkenntnisse noch über das erforderliche Startkapital verfügten.
- Nur ein Viertel der vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) befragten Existenzgründer nahmen Fördermittel in Anspruch; der durchschnittliche Anteil der geförderten Neugründungen über alle Branchen hinweg lag dagegen bei knapp einem Drittel.
- Die geförderten Handelsunternehmen hatten laut IfM-Befragung im Durchschnitt 4,1 Beschäftigte (einschließlich Betriebsinhaber und mithelfender Familienangehöriger), die nicht geförderten dagegen durchschnittlich nur 2,3 Beschäftigte. Die von der FfH befragten Einzelhändler beschäftigten im Durchschnitt 4,1 Personen (im Non-Food Bereich) bzw. 3,4 Personen (im Food-Bereich).
- Die Verkaufsfläche der von der FfH befragten kleinen und mittleren Einzelhandelsunternehmen betrug durchschnittlich 78 m². Zwischen den einzelnen Handelssparten gab es jedoch Unterschiede: Die Flächen reichten von 52 m² bei Bäckereien und Fleischereien bis hin zu 112 m² beim Handel mit Einrichtungsgegenständen (Tabelle 17).
- Zwei Fünftel der von der Deutschen Ausgleichsbank (DAB) mit Eigenkapitalhilfe geförderten Existenzgründer hielten die genutzten Räumlichkeiten nicht oder nur bedingt für ihre Tätigkeit geeignet.

Startkapital und Finanzierung

Eine nur geringe Eigenkapitalausstattung ist das Hauptproblem der jungen Unternehmen. Im Durchschnitt benötigte ein Existenzgründer im Handel ein Startkapital von 163 000 DM, wobei der Kapitalbedarf je nach Gründungsform unterschiedlich war. Während bei Neugründungen durchschnittlich 138 000 DM und bei Übernahmen von in der DDR privat geführten Unternehmen durchschnittlich 149 000 DM benötigt wurden, mußten bei der Übernahme der ehemals volkseigenen, zumeist größeren Geschäfte in der Regel über 300 000 DM aufgewendet werden (Tabelle 18).

Beinahe alle Existenzgründer waren deshalb in hohem Maße auf Fremdfinanzierung angewiesen. Das Fremdkapital kam dabei aus folgenden Quellen:

- Bei den geförderten Existenzgründern waren ERP-Darlehen die häufigste Finanzierungsquelle, gefolgt von Mitteln aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm und Bankdarlehen (Tabelle 19).
- Bei nicht-geförderten Existenzgründern standen Bankdarlehen an erster Stelle. Vergleichsweise große Bedeutung hatten auch Privatdarlehen — überwiegend wohl Gelder von Familienangehörigen.

Während geförderte Unternehmen in der Regel auf zwei und mehr Finanzierungsinstrumente zurückgreifen konnten, stand den nicht-geförderten Unternehmen meistens nur ein Instrument zur Verfügung, vorausgesetzt, daß diese überhaupt Zugang zu Fremdmitteln hatten.

Tabelle 17

**Durchschnittliche Verkaufsfläche
von mittelständischen Einzelhandelsunternehmen
aus ausgesuchten Großstädten
in Ostdeutschland¹⁾**

Einzelhandel mit ...	Verkaufsfläche in m ²
Back-/Fleischwaren	52
sonstigen Lebensmitteln	70
Textilien	92
Einrichtungsgegenständen	112
elektrotechnischen Erzeugnissen	98
Papierwaren/Druckerzeugnissen	78
pharmazeutischen/kosmetischen Erzeugnissen	71
sonstigen Erzeugnissen	65

¹⁾ Ergebnisse einer Umfrage unter 268 Einzelhandelsunternehmen.
Quelle: Forschungsstelle für den Handel, Berlin.

Probleme bei Existenzgründungen

Existenzgründer im Handel sehen sich schon in der Phase der Gründungsvorbereitung einer Vielzahl von Problemen gegenüber. Die Forschungsstelle für den Handel hat wiederholt auf die folgenden Gründungsschwierigkeiten mittelständischer Einzelhändler hingewiesen:

- Das zentrale Problem stellt nach wie vor die Gewerbaubeschaffung dar. Wegen der zumeist maroden Bausubstanz müssen bei der Übernahme von Geschäften umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Darüber hinaus sind wegen der durchschnittlich viel zu kleinen Läden beträchtliche Flächenenerweiterungen erforderlich, um ein attraktives Sortiment anbieten zu können. Noch höher sind die Hürden für Neugründer, die geeignete Räumlichkeiten erst finden und mieten müssen: Die attraktiven Standorte in den Innenstädten sind in der Regel belegt oder aber nicht bezahlbar, und auch in den Randlagen der Städte ist die Konkurrenz groß. Zudem sind wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse zahlreiche leerstehende Gewerberäume nicht nutzbar oder nur auf kurze Frist zu mieten.

- Ein anderes großes Problem ist die Finanzierungssituation. Bei der Übernahme eines bestehenden Geschäfts müssen Warenbestand und Einrichtung zumeist übernommen und die Arbeitskräfte weiterbeschäftigt werden. Dies führt gerade in der Startphase zu sehr hohen Belastungen. Für Neugründungen gilt ähnliches, denn auch hier müssen zunächst die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen sowie die Erstausrüstung mit Waren finanziert werden. Dringend erforderliche Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen müssen deshalb oftmals zurückgestellt oder können überhaupt nicht durchgeführt werden.
- Als weitere Probleme werden genannt: wachsender Wettbewerbsdruck, insbesondere durch Filialisten und Großunternehmen aus den alten Bundesländern, steigende Mieten und Personalausgaben, Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Geschäftsausstattung, Engpässe bei Kommunikationseinrichtungen (Telefon- und Faxanschluß), Mangel an qualifizierten Fachkräften oder auch unzureichende Möglichkeiten der Warenbeschaffung.

Aktuelle Geschäftslage

Ungeachtet der zahlreichen Probleme beurteilen kleine und mittelgroße Handelsunternehmen die eigene wirtschaftliche Situation überraschend positiv. Von den knapp 300 von der FfH befragten Einzelhändlern bewerteten im Sommer 1992 31 vH ihre Umsatzentwicklung als gut, 60 vH als mittelmäßig und nur 9 vH als schlecht. In einer Befragung der Creditreform vom Herbst 1992 berichteten gut 60 vH der Händler über gestiegene Umsätze, während etwa 10 vH über Umsatzeinbußen klagten. Auch bei der Einschätzung der Umsatzerwartungen überwogen in beiden Befragungen die optimistischen Urteile. Etwa die Hälfte der Unternehmer ging von weiter steigenden Umsätzen aus, und nur weniger als 10 vH der Händler rechneten mit sinkenden Umsätzen.

Drei Viertel der von der FfH befragten Einzelhandelsunternehmen gaben an, Gewinne zu erzielen, und auch hinsichtlich der Gewinnentwicklung äußerte sich die Mehrheit

Tabelle 18

**Durchschnittliches Startkapital im Handel in Abhängigkeit von der Gründungsform und der Finanzierungsart
in DM**

	Originäre Neugründung	Übernahme eines Privatbetriebes	Erwerb eines HO-Ladens	Durchschnitt
Geförderte Gründungen	393 000	310 000	308 000	370 000
Gründungen mit privatem Fremdkapital	107 000	131 000	360 000	156 000
Gründungen ohne Fremdkapital	22 000	19 000	198 000	36 000
Durchschnitt	138 400	149 100	304 100	x

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung.

Tabelle 19

Fremdmittelherkunft bei Handelsgründungen in Ostdeutschland

	Von 1 000 Existenzgründern nehmen ... in Anspruch ¹⁾	
	geförderte	nicht-geförderte
ERP-Existenzgründungsdarlehen	962	—
Eigenkapitalhilfe	519	—
Bankdarlehen	506	736
Privatdarlehen	190	311
Sonstiges	38	57
Durchschnittliche Zahl der Finanzierungsinstrumente	2,2	1,1

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.
Quelle: Institut für Mittelstandsforschung.

zuversichtlich. Die Creditreform-Befragung gelangte zu ganz ähnlichen Ergebnissen: Reichlich die Hälfte der Händler rechnete mit steigenden, nur 6 vH mit sinkenden Erträgen. Ob eine solch positive Sicht gerechtfertigt ist, muß dahingestellt bleiben. Mangels statistischer Hintergrundinformationen — bislang liegen weder gesicherte Daten über die Entwicklung der Umsätze noch über die der Kosten und Erträge vor — lassen sich die Befragungsergebnisse nicht überprüfen. Es ist jedoch zu vermuten, daß nicht alle Unternehmen ihre Lage und Entwicklung richtig einschätzen.

Verlagsgewerbe

Das Verlagsgewerbe — im wesentlichen zählen dazu die Unternehmen, die schwerpunktmäßig Zeitungen, Zeitschriften und Bücher verlegen — gehörte in der DDR zu den bedeutenden Zweigen des Dienstleistungssektors. Es beschäftigte etwa 20 000 Arbeitskräfte. Der Übergang zur Marktwirtschaft hat zahlreiche Unternehmen in arge Bedrängnis gebracht. Viele von ihnen waren der verlängerte Arm von politischen Parteien, Massenorganisationen und anderen staatlichen Organen, und das Veröffentlichungsprogramm zielte vielfach darauf ab, die Bevölkerung ideologisch zu beeinflussen. Die Verlage standen deshalb vor einem Neuanfang: Sie mußten zum großen Teil nach neuen Eigentümern Ausschau halten, das Programm neu strukturieren, den Vertrieb neu organisieren, die Produktionsanlagen modernisieren (soweit sie die technische Herstellung selbst betreiben wollten) und vor allem überzähliges Personal abbauen. Auch wenn ein Teil dieser Aufgaben inzwischen in Angriff genommen oder abgeschlossen ist (so sind die meisten Objekte, die zum Verkauf anstanden, in private Hände übergegangen), tun sich die meisten Verlage wirtschaftlich außerordentlich schwer. Es bleibt abzuwarten, wie viele der derzeit schätzungsweise 200 ostdeutschen Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlage überleben werden.

Bisher ist es noch nicht möglich, ein lückenloses Bild von den strukturellen Veränderungen im Verlagsgewerbe zu

zeichnen. So liegen die Ergebnisse der für das Jahr 1991 erstmals in Ostdeutschland durchgeführten Pressestatistik noch nicht vor. Das Institut für Weltwirtschaft hat deshalb versucht, die bei Unternehmen, Verbänden und der Treuhandanstalt vorhandenen Einzelinformationen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen.

Zeitungs- und Zeitschriftenverlage

— Frühere DDR-Zeitungen

39 Zeitungen mit insgesamt 292 Ausgaben und einer Gesamtauflage von täglich 9,8 Mill. Exemplaren bildeten den Zeitungsmarkt in der DDR. Nur zwei von ihnen konnten als Straßenverkaufszeitungen erworben werden, alle anderen wurden weitgehend im Abonnement vertrieben. Herausgeber waren außer der SED und den parteinahen Massenorganisationen die ehemaligen Blockparteien CDU, LDPD, NDPD sowie die DBD (Tabelle 20). Die auflagenstärksten Zeitungen besaß die SED. Diese bestritt mit ihren 15 Zeitungen allein 63,5 vH der Gesamtauflage; weitere 21,4 vH entfielen auf die Blätter der SED-nahen Massenorganisationen. Die Blockparteien konnten mit ihren 18 Zeitungen nur 8 vH der Gesamtauflage erreichen.

In der DDR beherrschten 14 SED-Bezirkszeitungen sowie zwei SED-nahe Lokalausgaben überregionaler Blätter zu 90 vH die regionalen Zeitungsmärkte. Die 14 Regionalzeitungen der Blockparteien spielten nur eine untergeordnete Rolle. Erstaunlich ist, daß sich entgegen aller Voraussagen die früheren SED-Bezirkszeitungen am Markt behaupten konnten. Sie mußten zu keiner Zeit bedrohliche Einbußen hinnehmen, und sie lagen mit einem Auflagenrückgang von rund einem Viertel deutlich unter dem durchschnittlichen Rückgang von über 50 vH (Tabelle 21). Offensichtlich werden sie bei geänderter Aufmachung und Berichterstattung weiterhin als Lokalzeitung akzeptiert. Alle 14 Zeitungen sind inzwischen von westdeutschen Verlagen übernommen worden, und keine mußte ihr Erscheinen einstellen. Anders hingegen sah es bei den

14 Regionalzeitungen der Blockparteien aus: Innerhalb von drei Jahren mußten — trotz Kooperation mit einem westlichen Partner — neun von ihnen aufgeben.

Schon frühzeitig engagierten sich westdeutsche Verlage und boten ostdeutschen Zeitungen ihre Kooperation an. Insbesondere die ehemaligen SED-Regionalzeitungen waren wegen ihrer hohen Auflagenzahl interessant. So hatte bereits vor dem Verkauf durch die Treuhandanstalt jede frühere SED-Bezirkszeitung einen westlichen Partner, der sie organisatorisch und vielfach auch bereits finanziell unterstützte. Einige westdeutsche Verlage kooperierten gleich mit mehreren ostdeutschen Zeitungen in der Absicht, diese später zu übernehmen. Die Rechnung ging nicht immer auf, weil die Treuhandanstalt auf Empfehlung des Bundeskartellamtes angesichts der Konzentration auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt jedem Verlag höchstens eine ostdeutsche SED-Regionalzeitung verkaufen wollte. Die Treuhandanstalt startete Anfang 1991 eine beschränkte Ausschreibung für 11 der 14 SED-Regionalzeitungen und forderte zum Unmut einiger Westverlage auch solche Verlagshäuser auf, Gebote abzugeben, die bisher mit keiner ostdeutschen Zeitung kooperiert hatten¹⁷. Auf die Ausschreibung gaben 37 Interessenten 84 Angebote ab. Vergabekriterien waren nicht nur Umfang der Arbeitsplatz- und Investitionszusagen und die Höhe des Kaufpreises (als

Richtgröße wurden je Abonnent 200 bis 300 DM angesetzt), sondern darüber hinaus das Kriterium der Schaffung von Medienvielfalt. Das Bundeskartellamt hatte zur Auflage gemacht, daß ein westlicher Verlag nicht mehrere regional aneinander angrenzende Tageszeitungen oder Erst- und Zweitzeitungen eines Gebietes erwerben durfte. So konnte der Bauer-Verlag trotz seiner bereits eingegangenen Kooperation mit vier ostdeutschen Regionalzeitungen nur eine von ihnen erwerben, obwohl er in die drei anderen Zeitungen, die an die Konkurrenz gingen, bereits 70 Mill. DM investiert hatte. Ansprüche auf Schadenersatz konnten nicht geltend gemacht werden. Auch die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) hatte bereits vor der Ausschreibung mit drei Thüringer Zeitungen (zwei SED-Bezirkszeitungen und einer relativ auflagenstarken Zeitung der LDPD) kooperiert. Das Kartellamt sah hierin eine marktbeherrschende Stellung des WAZ-Konzerns in Thüringen, da allein durch die beiden ehemaligen SED-Zeitungen mehr als drei Viertel aller Thüringer Leser erreicht wurden. Die WAZ-Gruppe hielt nämlich bereits 50 vH an der „Thüringer Allgemeinen“, die schon vorher veräußert

¹⁷ Drei Verlage wurden bereits im Jahre 1990 durch die Treuhandanstalt verkauft; an einem Verlag beteiligten sich die Mitarbeiter mit 50 vH.

Tabelle 20

Zeitungen in der DDR 1989

Herausgeber		Verbreitung	Regional	Überregional	Insgesamt
SED	Zahl		14	1	15
	Anteil an der Gesamtauflage (vH)		52,3	11,2	63,5
SED-nahe Verlagsgemeinschaften	Zahl		2	—	2
	Anteil an der Gesamtauflage (vH)		6,6	—	6,6
Massenorganisationen	Zahl		—	3	3
	Anteil an der Gesamtauflage (vH)		—	21,4	21,4
Blockparteien	Zahl		14	4	18
	Anteil an der Gesamtauflage (vH)		5,2	3,3	8,6
Sonstige	Zahl		—	1	1
	Anteil an der Gesamtauflage (vH)		—	0,02	0,02
Insgesamt	Zahl		30	9	39
	Anteil an der Gesamtauflage (vH)		64,1	35,9	100

Quellen: Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger; Berechnungen des IfW.

Tabelle 21

Entwicklung der früheren DDR-Zeitungen

Herausgeber		Verbreitung		Regional	Überregional	Insgesamt
SED	Zahl	1989	14	1	15	
		1992	14	1	15	
	Auflagenrückgang ¹⁾	vH	24,4	92,1	28,9	
SED-nahe Verlagsgemeinschaften	Zahl	1989	2	—	2	
		1992	1	—	1	
	Auflagenrückgang ¹⁾	vH	53,7	—	53,7	
Massenorganisationen	Zahl	1989	—	3	3	
		1992	—	1	1	
	Auflagenrückgang ¹⁾	vH	—	98,4	98,4	
Blockparteien	Zahl	1989	14	4	18	
		1992	5	1	6	
	Auflagenrückgang ¹⁾	vH	58,3	86,0	64,4	
Sonstige	Zahl	1989	—	1	1	
		1992	—	1	1	
	Auflagenrückgang ¹⁾	vH	—	38	38	
Insgesamt	Zahl	1989	30	9	39	
		1992	20	4	24	
	Auflagenrückgang ¹⁾	vH	42,1	93,8	52,4	

1) 1989 bis 1992.
 Quellen: Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger; Berechnungen des IfW.

worden war. Sie verlangte jetzt eine Mehrheitsbeteiligung an den „Ostthüringer Nachrichten“. Als die Treuhandanstalt dies ablehnte und lediglich eine Minderheitsbeteiligung anbot, umschiffte die WAZ diese Klippe, indem sie eine neue Zeitung mit annähernd gleichem Titel gründete. Fast alle Mitarbeiter der „Ostthüringer Nachrichten“ hatten zuvor gekündigt und wurden kurze Zeit später bei der neugegründeten „Ostthüringer Zeitung“ wieder eingestellt, nachdem ihnen dort eine dreijährige Arbeitsplatzgarantie gegeben wurde. Die Räume und Einrichtungen wurden weiterhin genutzt, der Abonnentenstamm blieb der gleiche, und die äußere Erscheinung der Zeitung änderte sich nicht. Als die Treuhandanstalt daraufhin eine einstweilige Verfügung wegen unzulässiger Nutzung von Vermögenswerten erwirkte, fand sich die WAZ-Gruppe schließlich zu dem Vergleich bereit, eine andere westdeutsche Zeitung mit 40 vH sowie die Belegschaft mit 20 vH an der Neugründung zu beteiligen.

Probleme bei der Privatisierung bereiteten auch die Restitutionsansprüche seitens der SPD. Auf 7 der 11 ausge-

sprochenen Zeitungen erhob sie Eigentumsansprüche, die sie mit der Enteignung durch die nationalsozialistische Regierung im Jahr 1933 und dem Übergang dieser Zeitungen in das Parteivermögen der SED begründete. Das Berliner Verwaltungsgericht entschied jedoch, die SPD könne keinen unmittelbaren Anspruch auf die Zeitungen geltend machen, da sie nicht zum Parteivermögen, sondern zum Volksvermögen der DDR gehörten und somit in den Verantwortungsbereich der Treuhandanstalt fallen. Die Einsicht, daß eine gerichtliche Klärung dieser Ansprüche mehrere Jahre dauern und somit das Überleben der Zeitungen gefährden würde, führte zu einem Kompromiß: Die Treuhandanstalt räumte der SPD eine Minderheitsbeteiligung in Höhe von 40 vH an der auflagenstarken „Sächsischen Zeitung“ ein, im Gegenzug verzichtete die SPD auf sämtliche Rückgabeanprüche.

Erst im September 1991 konnte die Privatisierung der SED-Bezirkszeitungen abgeschlossen werden. Die 14 Zeitungen gingen an insgesamt 18 westdeutsche Verlagshäuser. Die 14 Zeitungen der ehemaligen Blockparteien

wurden bereits vor Aufnahme der treuhänderischen Verwaltung durch die Treuhandanstalt von den Parteien bzw. deren Rechtsnachfolgern selbst veräußert. Auch sie sind allesamt in der Hand westdeutscher Verlage. Dabei erwarb der Springer Verlag fast die gesamte LDPD- und die Verlagsgruppe Frankfurter Allgemeine Zeitung fast die gesamte CDU-Presse. Insgesamt gingen diese Zeitungen an nur sieben westdeutsche Großverlage, von denen drei nun auch Beteiligungen an einer ehemaligen SED-Bezirkszeitung halten. Die Verkaufsverhandlungen fanden direkt zwischen den Kaufinteressenten und den Verlagen bzw. den Parteien statt. Lediglich das Bundeskartellamt konnte Einfluß nehmen, indem es untersagte, daß ein westdeutscher Verlag sowohl die Erst- als auch eine oder mehrere der Zweitzeitungen erwarb.

Von den sieben überregionalen Zeitungen mußten bis Mitte 1992 vier ihr Erscheinen einstellen, darunter die „Tribüne“, die Zeitung des FDGB. Die beiden früher am weitesten verbreiteten Zeitungen — die „Junge Welt“, Zeitung des Zentralorgans der FDJ, und „Neues Deutschland“, Zeitung des Zentralorgans der SED — hatten eklatante Auflageneinbußen von deutlich über 90 vH hinzunehmen. Das „Neue Deutschland“, das mit einer täglichen Auflage von über 1 Million Exemplaren „verteilt“ wurde, erwirtschaftete bereits im ersten Jahr nach der Vereinigung ein monatliches Defizit von 500 000 bis 600 000 DM. Als Parteibesitz wurde diese Zeitung der treuhänderischen Verwaltung im Sondervermögen unterstellt. Obwohl ihre Sanierungschancen als schlecht eingestuft wurden, erhielt sie noch bis Oktober 1991 Zuschüsse aus dem Sondervermögen in Höhe von insgesamt 15 Mill. DM. Nachdem die unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR beschlossen hatte, keine weiteren Mittel zur Sanierung freizugeben, wurde die Zeitung schließlich der SED-Nachfolgepartei PDS zurückgegeben. Bis zum heutigen Tag hält sich die Zeitung mit 80 000 Abonnenten sowie durch Spenden des „Vereins der Freunde und Förderer des Neuen Deutschland“ am Leben. Von den vier überregionalen Zeitungen der Blockparteien mußten trotz Kooperation mit westlichen Partnern drei ihr Erscheinen einstellen.

— Zeitungsneugründungen

Von Anfang 1990 bis Mitte 1992 wurden in Ostdeutschland 30 neue Zeitungsverlage mit insgesamt 84 Ausgaben gegründet (Tabelle 22), von denen allerdings nur 17 Verlage mit insgesamt 37 Ausgaben überlebten. Dabei handelt es sich überwiegend um Tochterunternehmen westdeutscher Verlage oder um Kooperationen von ost- und westdeutschen Partnern; rein ostdeutsche Verlagsneugründungen hat es bis auf einen erfolglosen Einzelfall nicht gegeben. Hinzu kommen 42 Neuausgaben von westdeutschen Zeitungen, die eigens für die Verbreitung in den neuen Bundesländern konzipiert wurden. Aber auch von ihnen existierte Mitte 1992 nur noch die Hälfte. In dieser

Tabelle 22
Neue Titel auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt

	1.1.1990 bis 1.8.1992	davon am 1.8.1992 noch bestehend
In Ostdeutschland neugegründete Verlage	30	17
davon mit Schwerpunkt bei:		
Lokalen und regionalen Abonnementzeitungen	25	15
Straßenverkaufszeitungen	5	2
Ausgaben der neugegründeten Verlage	84	37
davon:		
Lokale und regionale Abonnementzeitungen	72	33
Straßenverkaufszeitungen	12	4
Ostausgaben westdeutscher Zeitungen	42	23
davon:		
Lokale und regionale Abonnementzeitungen	31	12
Straßenverkaufszeitungen	11	11
<i>Quelle:</i> Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger; Berechnungen des IfW.		

Entwicklung spiegelt sich zum einen die anfängliche Euphorie wider, endlich ohne Zensur publizieren zu können; zum anderen aber auch eine Unterschätzung der Probleme des Markteintritts. Tatsächlich sind die meisten ehemaligen SED-Bezirkszeitungen nach wie vor gut etabliert und beherrschen den Markt. Die Verdrängung einer solchen von der Bevölkerung akzeptierten Zeitung ist außerordentlich schwierig. Dies mag die nur geringe Überlebensquote der neugegründeten regionalen Abonnementzeitungen erklären.

Bei den Straßenverkaufszeitungen als weitgehend neuem Zeitungstyp konnten sich im wesentlichen die Ostausgaben von Westverlagen etablieren (z. B. „Bild“). Eigens für den Osten vorgenommene Neugründungen wie „Super“ oder „Super-Ossi“ mußten ihr Erscheinen wegen geringer Resonanz bei Lesern und Anzeigenkunden meistens nach kurzer Zeit wieder einstellen. Da es sich bei diesem Zeitungstyp im Gegensatz zu den ehemaligen SED-Regionalzeitungen um Zweit- oder Drittzeitungen handelte, spielte der Preis eine wichtige Rolle bei Kaufentscheidungen. Der dadurch einsetzende Preiskampf machte viele Neugründungen schnell unwirtschaftlich und führte zu einer Verdrängung insbesondere kleiner Verlage durch finanzstarke Großverlage.

— Zeitschriftenverlage

Reine Zeitschriftenverlage gab es in der DDR nicht. Jedoch gaben 33 der insgesamt 78 Buchverlage neben ihren Buchpublikationen auch über 390 Zeitschriften heraus. Die

Tabelle 23

**Status der früheren DDR-Verlage
mit Zeitschriftenpublikationen**
Stand: Anfang 1993

Privatisiert	29
— darunter Betrieb eingestellt	4
Liquidiert	1
Privatisierung noch nicht abgeschlossen	1
In unternehmerischer Verantwortung der PDS	1
Konkurs angemeldet	1
Insgesamt	33
<i>Quelle:</i> Börsenverein des Deutschen Buchhandels.	

meisten dieser Verlage konnten zwar durch die Treuhandanstalt privatisiert werden (Tabelle 23), doch mußten die Zeitschriften Auflageneinbußen von 50 bis 80 vH hinnehmen. So verloren vor allen Dingen die Programmzeitschriften und Illustrierten den größten Teil ihrer Leser, während westdeutsche Neugründungen speziell für die ostdeutschen Bundesländer, z. B. „Super TV“ und „Super Illu“, enorme Erfolge erzielen konnten. Auch bei den Fachzeitschriften nahmen westliche Verlage rasch das Heft in die Hand, was den Überlebenskampf der ostdeutschen Fachzeitschriften fast aussichtslos machte. 1992 existierten in den neuen Bundesländern 42 neugegründete Verlage, die z. T. oder ausschließlich Zeitschriften verlegen.

— Probleme der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage

In der DDR hatte die Deutsche Post das alleinige Vertriebsrecht von Presseerzeugnissen. Das hatte für die Verlage den Vorteil, daß sie sich um den Absatz ihrer Produkte nicht zu kümmern brauchten. Die Post kaufte zunächst die gesamte Auflage, verteilte sie und ließ sich Rückläufer von den Pressehäusern vergüten. Der Vertrieb beinhaltete auch eine eigens für die Tageszeitungen eingerichtete Frühzustellung, die vor der eigentlichen Postzustellung erfolgte. Die später von der Deutschen Bundespost aus Kostengründen verfügte Einstellung dieser Vertriebsform brachte für viele Verlage erhebliche Probleme mit sich. Insbesondere überregionale Tageszeitungen sowie solche mit nur geringem Verbreitungsgrad sahen sich außerstande, ein eigenes Vertriebsnetz aufzubauen. Die spätere Zustellung mit der normalen Briefpost hätte den Tageszeitungen erhebliche Wettbewerbsnachteile beschert. Es mußten also entweder Verträge mit Pressegrossisten geschlossen (bei Straßenverkaufszeitungen) oder Kooperationen mit auflagenstärkeren Zeitungen eingegangen werden (bei Abonnementzeitungen); nur die größeren regionalen Tageszeitungen konnten durch verlagseigene Vertriebsgesellschaften ausgeliefert werden. Der Wechsel im Vertriebssystem brachte nicht nur die Zeitungsverlage in eine prekäre Lage. Ähnliches gilt für die Zeitschriftenverlage. Anstatt mit nur einem Vertriebspartner, der Post, mußten sie mit einer Vielzahl von Grossisten Verträge schließen, um einen weitreichenden Vertrieb am Kiosk und

in Buchhandlungen sicherzustellen. Dies führte in vielen Fällen zu existenzbedrohenden Kostensteigerungen.

Zahlen, die über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage Aufschluß geben könnten, liegen zwar nicht vor. Dem Vernehmen nach ist aber die Ertragslage in den meisten Fällen recht prekär. Der starke Lohnkostenanstieg — im ostdeutschen Druckgewerbe haben sich Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten von Anfang 1991 bis Ende 1992 fast verdoppelt — macht den Unternehmen sehr zu schaffen, zumal noch immer zuviel Personal vorhanden ist. Dies wird auch der Treuhandanstalt angelastet, die den Investoren Arbeitsplatzzusagen abverlangt hat. Hinzu kommt, daß auf dem hart umkämpften ostdeutschen Zeitungsmarkt so gut wie kein Spielraum zur Durchsetzung von Preiserhöhungen besteht. Vor allem kleine ostdeutsche Verlage müssen um ihr Überleben bangen, wenn sie sich nicht an einen westdeutschen Partner anlehnen können. Um eine längere Durststrecke durchstehen zu können, fehlt ihnen das Kapital. Die finanzschwachen kleineren Verlage versuchen deshalb, sich dem Zwang rascher Tariflohnanpassungen zu entziehen, indem sie aus den Verbänden austreten bzw. ihnen gar nicht erst beitreten.

Bei der Entwicklung der Presselandschaft in Ostdeutschland spielen auch wettbewerbspolitische Gesichtspunkte eine Rolle. Auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt dominieren heute etwa 40 zumeist große Verlage. Das ist eine recht geringe Anzahl — verglichen mit den etwa 300 Zeitungsverlagen, die in Westdeutschland tätig sind und von denen der größere Teil, gemessen am Umsatz und der Beschäftigtenzahl, mittelständisch strukturiert ist. Da die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen für westdeutsche Verhältnisse sehr hohe Auflagenzahlen hatten, wäre es sinnvoll gewesen, bei der Privatisierung auch kleinere Verlage zu berücksichtigen. Bei acht der 14 auflagenstarken Bezirkszeitungen sind große Westverlage Alleineigentümer. Man mag einwenden, daß die kleinen Verlage finanziell vielfach gar nicht in der Lage waren, die auflagenstarken Blätter zu übernehmen. Aus wettbewerbspolitischer Sicht wäre dann aber eine Aufteilung der großen Verbreitungsgebiete sinnvoll gewesen. Auf diese Weise hätten sich zum einen vielleicht weitaus mehr Verlage auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt engagieren können, als es tatsächlich geschah, zum anderen wäre auch für kleine Verlage (eventuell im Verbund) ein Einstieg möglich gewesen. Seitdem die auflagenstarken ehemaligen SED-Bezirkszeitungen in den Händen einiger weniger Großanbieter sind, konnte sich eine lokale Pressevielfalt nicht entwickeln. Denn auf diese Zeitungen entfallen allein drei Viertel aller Ausgaben in Ostdeutschland und mehr als 85 vH der Gesamtauflage. Die hohe Konzentration stellt für Neulinge eine kaum überwindbare Marktzutrittschranke dar. Die finanzstarken Westverlage haben die Möglichkeit, durch Preiskämpfe sowohl im Verkaufs- als auch im Anzeigengeschäft potentielle Mitbewerber vom Markt fernzuhalten. So haben die in Thüringen von dem WAZ-Konzern

herausgegebenen Zeitungen aus Konkurrenzgründen die Preise für Abonnenten und Anzeigenkunden erheblich gesenkt. Das Problem sind freilich nicht allein die höheren Herstellungskosten — eine attraktive Zeitung kann durch überregionale Verbreitung ihre Auflage steigern —, sondern auch die höheren Vertriebskosten. Auf dem regionalen Zeitungsmarkt besitzen die Großverlage mit ihren Erstzeitungen quasi ein Gebietsmonopol und können wegen der hohen Auflagenzahl auf engem Raum ein effizientes und kostengünstiges Vertriebsnetz für ihre Abonnenten aufbauen. Den kleineren Verlagen ist dies wegen der geringeren Stückzahl nicht möglich. So sind sie bei Abonnementzeitungen darauf angewiesen, sich dem Vertrieb der Großverlage anzuschließen. Diese lassen sich ihre Dienste vergüten.

Buchverlage

— Altverlage

In der DDR gab es 78 Buch- und Zeitschriftenverlage. Die meisten davon konnten inzwischen privatisiert werden (Tabelle 24). Acht mußten ihre Tätigkeit einstellen, drei davon nach Übernahme durch einen westlichen Investor. Kaum ein Verlag kam offenbar für ein Management-Buy-Out in Frage. Nur in drei Fällen haben die Mitarbeiter ihren Betrieb gekauft, teilweise unter Zuhilfenahme westlicher Beteiligungen. Die meisten Verlage wurden von westdeutschen, nur vier von ausländischen Investoren übernommen. Anders als bei der Privatisierung der Zeitungsverlage erhielten überwiegend mittelständische Verlagshäuser den Zuschlag. Fünf Verlage gingen sogar an Privatpersonen. Bemerkenswert ist, daß auch einige branchenfremde Investoren zum Zuge kamen — z. B. ein Münchener Industrieller und ein Frankfurter Immobilienmakler. Für die Treuhandanstalt war die Privatisierung der Verlage insgesamt ein Zuschußgeschäft, da sie in den meisten Fällen nur einen symbolischen Preis von einer D-Mark erlösen konnte und obendrein die Altschulden übernehmen mußte. Allerdings hat sie in der Regel die Immobilie nicht mitveräußert oder sich etwaige künftige Veräußerungsgewinne durch Nachbewertungsklauseln gesichert. Häufig stellte die Immobilie das einzig Interessante an einem ostdeutschen Verlag dar.

Die meisten ostdeutschen Buchverlage gerieten nach der Öffnung der Mauer in eine tiefe Existenzkrise. Vor allem für diejenigen, die früher eine politische Funktion hatten, war über Nacht der Markt weggebrochen: Große Teile der Buchbestände wurden Makulatur; begonnene Buchprojekte mußten eingestellt, geplante konnten nicht mehr begonnen werden; die alten Vertriebswege existierten nicht mehr. Aber auch Verlage, die auf Belletristik und Sachbücher spezialisiert waren, taten sich plötzlich schwer. Ein Grund dafür war, daß der ostdeutsche Buchmarkt nun mit westlichen Erzeugnissen überschwemmt wurde, die vorher wegen der Zensur und wegen Devisenmangels kaum zu haben waren. Ein weiterer Grund war der starke Nachfragerückgang, weil vielen Menschen die Zeit zum Lesen knapp geworden war und weil Druckerzeugnisse spürbar teurer geworden waren. Die meisten Buch-

Tabelle 24
Stand der Privatisierung der Buchverlage
Anfang 1993

Insgesamt	78
darunter:	
der Treuhandanstalt zur Privatisierung übergeben	71
darunter	
privatisiert	60
darunter	
MBO	3
Unternehmenstätigkeit eingestellt	3
in Treuhandbesitz	5
in Liquidation oder Konkurs angemeldet	5
in unternehmerischer Verantwortung der PDS	1
<i>Quelle:</i> Börsenverein des Deutschen Buchhandels.	

verlage in Ostdeutschland haben sich von alledem bislang noch nicht erholt; das gilt auch für solche, die einen westdeutschen Eigner haben. Die enorme personelle Überbesetzung (bis zum zehnfachen vergleichbarer Westverlage) konnte zwar weitgehend abgebaut werden, aber es fehlt an vielem — vor allem aber an Buchmanuskripten, aus denen sich ein Bestseller machen läßt. Die Autoren, die das Zeug dazu haben, sind in der Regel anderswo unter Vertrag.

— Neue Verlage

Im Gegensatz zu den ehemaligen Buchverlagen handelt es sich bei den Neugründungen häufig um kleine Verlage mit nur zwei bis vier Mitarbeitern. Gründungsmitglieder sind nicht selten Lektoren der alten Verlage, die ihr Know-how einbringen. Da die ehemaligen Großverlage sich in einer wirtschaftlich schlechten Lage befinden, ist gerade bei qualifiziertem Personal die Neigung zum Abwandern groß. Bei Neugründungen ist die Lage etwas optimistischer einzuschätzen. Wenn sich auch nicht alle werden halten können, so hat doch ein Teil gute Chancen, seine Nische zu finden. Sie brauchen nicht die Lasten eines alten, großen und trägen Apparates zu tragen, sondern fangen mit geringer Mitarbeiterzahl und kleinen Projekten an. Die Zahl der existierenden Neugründungen beläuft sich auf schätzungsweise 100, die meisten sind in Sachsen, insbesondere in der traditionellen Buchstadt Leipzig, angesiedelt.

**Zum Anpassungsprozeß in der Industrie —
Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen**

In der Industrie Ostdeutschlands gibt es noch keine Anzeichen dafür, daß der starke Schrumpfungsprozeß nun in eine Phase der Erholung einmündet. Vielmehr ist die Lage weiterhin gekennzeichnet durch ein ungelöstes Angebotsproblem, nämlich die unzureichende Wettbewerbsfähigkeit vieler Betriebe, die ihre Ursache in einem Mangel an marktfähigen Produkten und einem zu hohen Kostenniveau hat. Daß ein Angebotsproblem vorliegt, läßt sich schlicht an der Tatsache festmachen, daß die Nachfrage nach Industrieprodukten deutlich steigt, die ostdeutschen Industriebetriebe daran aber nicht teilhaben.

Das hohe Kostenniveau ist der wichtigste Grund dafür, daß Investitionen unterbleiben — vor allem solche, die erforderlich wären, um rasch ein attraktives Angebot an Gütern entstehen zu lassen. Wie prekär die Situation ist, haben die Analysen in diesem Bericht gezeigt. Die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe sind in den vergangenen beiden Jahren nur wenig gesunken, und der Wettbewerbsnachteil der ostdeutschen Unternehmen hat sich kaum verringert. Viele privatisierte Unternehmen, erst recht die Treuhandunternehmen, können die Kostensteigerungen, wie sie für eine Reihe von Branchen durch bereits vereinbarte Lohnsprünge vorprogrammiert sind, nicht verkraften. Ein weiterer Personalabbau ist oftmals keine Lösung, weil sonst ganze Anlagen aus dem Produktionsprozeß herausgenommen werden müßten. Nicht wenige Betriebe versuchen deshalb auch, unter Hinnahme von Verlusten die Talsohle zu durchqueren, um qualifizierte Arbeitskräfte nicht entlassen zu müssen. Durch die Schrumpfung des Gesamtmarktes im Zuge der Rezession wird ihnen dies zusätzlich erschwert. Ein solches Vorgehen ist ohnehin nur für kurze Zeit möglich.

Die Dramatik der Situation sollte richtig eingeschätzt werden: Im ganzen machen die Industrieunternehmen in Ostdeutschland hohe Verluste. Die zu erzielenden Preise entsprechen grosso modo den westdeutschen, das Lohnkostenniveau ist aber etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland¹⁸. Im Kernbereich, dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, ist die Lage besonders ungünstig. Hier stiegen die Lohnstückkosten sogar trotz kräftiger Produktivitätszunahme (etwa um 60 vH seit Anfang 1991). Kritisch ist die Lage vor allem im Maschinenbau, wo der Lohnsprung Anfang 1992 weit mehr als in anderen Branchen zu Buche schlug, weil die Produktion — auch rezessionsbedingt — stärker zurückgefahren werden mußte. Eine weitere Lohnsteigerung um 26 vH (wie in den im Jahre 1991 für die Metallindustrie abgeschlossenen Tarifverträgen vereinbart) müßte katastrophale Folgen haben.

Noch immer herrschen in den neuen Bundesländern nicht die Bedingungen, unter denen die Industrie eine positive Entwicklungsperspektive hat. Eine der Bedingungen ist, daß die Unternehmen im Durchschnitt angemessene Gewinne machen. Dabei muß der Markt darüber entscheiden, wer im Wettbewerb besteht und wie hoch die Gewinne ausfallen. Werden im Durchschnitt Verluste erwartet, wird weder investiert noch werden genügend neue Unternehmen entstehen, um wegfallende Arbeitsplätze ersetzen zu können. Die Deindustrialisierung ist dann programmiert und kann auch vom Staat nur in engen Grenzen aufgehalten werden.

Die Konstellation von unzureichender Wettbewerbsfähigkeit bei raschem Lohnanstieg macht die politisch viel diskutierte Forderung nach der „Erhaltung industrieller Kerne“, was immer im einzelnen darunter verstanden wird, fragwürdig. Es sind gewiß zusätzliche Anstrengungen des Staates nötig, damit in den von den Altindustrien geprägten Regionen Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Eine allgemeine Lösung kann aber nicht darin bestehen, daß einzelne Unternehmen oder gar Branchen weiterhin hoch subventioniert werden. Die Erhaltung von Arbeitsplätzen darf generell nicht als alleinige Bringpflicht des Staates angesehen werden. Denn eine staatliche „Garantie“ von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland könnte von denjenigen Arbeitnehmern, die mit einer Weiterbeschäftigung rechnen dürfen, zur Durchsetzung hoher Lohnforderungen genutzt werden, während viele andere Arbeitnehmer entlassen werden müßten. Eine Zusage des Staates, noch stärker als bisher stützend in Ostdeutschland einzugreifen, setzte eine solidarische Bereitschaft der Arbeitnehmer voraus, gesamtwirtschaftlich angemessenen Lohnsteigerungen zuzustimmen. Die Chemieindustrie hat dazu den Weg gewiesen.

Kommt von der Lohnpolitik die erforderliche Unterstützung, kann sich der Staat mit Hilfen für die Unternehmen leichter tun. Die fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben gemeinsam mehrfach dargelegt, daß mit dem Konzept einer „als-ob-Privatisierung“ der Treuhandunternehmen ein ökonomisch und sozial verträglicher Weg offensteht. Die Tarifpartner haben signalisiert, daß sie eine solche oder ähnliche Lösung akzeptieren würden.

Die Grenzen verantwortungsvoller Wirtschaftspolitik würden überschritten, wenn auch für die privatisierten Unternehmen — angesichts vielfach enttäuschter Erwartungen — massiv neue Subventionsprogramme geschaffen würden. Forderungen in diese Richtung sind derzeit in den neuen Bundesländern häufig zu hören. Neue Subventionsprogramme würden zu erheblicher Ungleichbehandlung zwischen den Unternehmen führen, den marktwirtschaftlichen Anpassungsdruck außer Kraft setzen und gravierende negative Auswirkungen auf die mittelfristigen Entwicklungschancen der gesamten Region haben. Wenn sich viele Industrieunternehmen in Ostdeutschland im Markt nicht halten können, müssen sich die Rahmenbedingungen ändern; ein Kurswechsel in der Lohnpolitik ist unumgänglich.

¹⁸ Dagegen dürften die Preise für Vorleistungen etwa so hoch sein wie in Westdeutschland.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland.

Achter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304